



ÖGNU-TEXT 1/96

Umweltdachverband

Nationalparks- Wie weiter?

NATIONALPARKS - WIE WEITER ?

Dokumentation der

ÖGNU-Umwelttagung

am 8. September 1995
im Naturhistorischen Museum, Wien

Eine Veranstaltung des Umweltdachverbandes ÖGNU

Gefördert aus Mitteln des BM für Umwelt, Jugend und Familie



Impressum

1. Auflage: Oktober 1996

Herausgeber: Umweltdachverband ÖGNU
Schriftleitung & Redaktion: Mag. Franz Maier
Texterfassung & Layout: Martha Haselsteiner
Umschlaggestaltung: FineLine, Wien
Druck: Riegelnik, Wien

© Umweltdachverband ÖGNU
(Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz)
A-1080 Wien, Alserstraße 21/1/5
Telefon: 0222/40 113-0
Fax: 0222/40 113-50

ISBN 3-900-711-61/10
Alle Rechte vorbehalten

Inhaltsverzeichnis

Einführung Dr. Gerhard Heilingbrunner	4
Nationalparks - Wie weiter? Dr. Martin Bartenstein	10
Die neuen Nationalparkkriterien der IUCN - Konsequenzen für Österreich DI Marija Zupancic-Vicar	20
Der Beitrag der NGOs bei der Weiterentwicklung der Nationalparks Mag. Peter Haßlacher	34
Hemmschuh oder Motor der Nationalpark-Entwicklung - Die Rolle der Bundesforste DI Richard Ramsauer	46
Eine Naturgebietestiftung für Österreich oder wie der ewige Entschädigungsstreit endlich beigelegt werden könnte Mag. Franz Maier	58
Nationalpark Kalkalpen - Wie weiter? DI Bernhard Schön	68
Nationalpark Kalkalpen Round Table-Diskussion	72
In bester Gesellschaft - Österreich wird Nationalpark-Nation Univ. Prof. Dr. Bernd Lötsch	102
Nationalpark Donau-Auen Round Table-Diskussion	112
Publikationsliste	141

Nationalparks - Wie weiter?

Dr. Martin Bartenstein

Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie

Nationalparks - Wie weiter?

Dr. Martin Bartenstein

Sehr geschätzter Präsident der ÖGNU, Dr. Heilingbrunner, festliche Versammlung, meine sehr verehrten Damen und Herren, die anlässlich der ÖGNU-Umwelttagung "Nationalparks - Wie weiter?" ins Naturhistorische Museum gekommen sind!

Selten ist ein Tagungsthema und ein Tagungszeitpunkt so gut und glücklich gewählt worden, wie dieses Thema am heutigen Tag. Ich glaube, daß bei der Vorbereitung der Tätigkeiten zur Etablierung der Nationalparks Donau-Auen, Kalkalpen, Thayatal und vielleicht auch Kalkhochalpen in den letzten Monaten etwas Sand ins Getriebe gekommen ist, daß nicht alles, was gesagt und getan wurde, wirklich einem klaren Fortschritt, einem klaren Bemühen in Richtung Verwirklichung dieser Nationalparks gedient hat und daß daher gerade der Beginn der politischen Herbstarbeit ein guter Anlaß ist, um hier eine Unterstützung all denjenigen zu geben, die, wie Gerhard Heilingbrunner es gesagt hat, bereit sind für die Nationalparks zu kämpfen.

Gerne reihe ich mich in die Gruppe der Kämpfer für die Realisierung weiterer Nationalparks ein, bin so gesehen auch gerne Nationalpark-Minister und hoffe, daß ich das mit meiner kurzen Wortmeldung auch glaubhaft unterstreichen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Gerhard Heilingbrunner gesagt hat, lassen wir 1996 zum Jahr der Nationalparks werden, darf ich hier sagen, streben wir im Jahr 1996, dem Millenniumsjahr, dem Jubiläumsjahr, die Eröffnung des Nationalparks Donau-Auen an. Lassen wir das Jahr 1996 zum Jahr der Nationalparks werden, aber seien wir uns auch dessen bewußt, daß, wenn wir so weiter machen wie bisher, es das ganz sicher nicht wird. Wenn ich meine, weitermachen wie bisher, so trifft das die hier Anwesenden wahrscheinlich zum geringsten Teil und die hier Abwesenden in einem etwas höheren Maße. Es kann nur dann zum Jahr der Nationalparks werden, wenn sich vieles ändert. Wenn sich manche Gebietskörperschaften, manche

politische Parteien und auch manches, was sich innerhalb der projektierten Nationalparks an pro und contra abspielt, zu einer einzigen Kraft vereinigen und an einem Strang ziehen.

Wir wissen, daß wir zwei sehr beachtliche Nationalparkprojekte in diesem Land verwirklicht haben, beide unverzichtbar für unser Land, den Nationalpark Neusiedlersee-Seewinkel, den ich ebenso persönlich kenne wie den Nationalpark Hohe Tauern. Der eine genügt heute schon IUCN-Kriterien, der andere ist zweifellos auf dem Weg dorthin. Ich meine, Frau Vizepräsidentin, daß hier eine Annäherung von zwei Seiten zu kommen scheint, nämlich einerseits von denjenigen, die im Bereich des Nationalparks Hohe Tauern, mit viel Überzeugungsarbeit, mit viel Liebe und viel Engagement im Lauf der nächsten Jahre und vielleicht auch Jahrzehnte konsequent an diesem Ziel arbeiten. Einer der Engagiertesten, Präsident Stüber, weilt ja hier unter uns. Andererseits scheint auch die IUCN zu erkennen, daß das, was an Vorstellungen rund um die Kriterien vor zehn oder zwanzig Jahren noch gegolten haben mag und anderswo, in anderen Kontinenten, wo eben Menschen nicht in diesen Gebieten, aus denen Nationalparks geworden sind, gelebt haben oder leben, daß diese extrem puristischen Kriterien auf Regionen in unseren Alpen, die seit Jahrhunderten auch bewirtschaftet wurden, die Kulturlandschaft gewesen sind, nicht anzuwenden sind und daß hier eine gewisse Praktikabilität dorthin führt, damit es einfach in absehbarer Zeit auch dazu kommt, daß der Nationalpark Hohe Tauern diesen realistischeren IUCN-Kriterien entspricht.

Aber wir sind ja nicht dazu da, um das Bestehende zu loben und uns darüber zu freuen, sondern konkret darüber zu diskutieren, wie kommen wir jetzt dazu, die vier im Regierungsübereinkommen dieser Koalitionsregierung vorgesehenen Nationalparks, nämlich Donau-Auen, Kalkalpen, Kalkhochalpen und Thayatal, umzusetzen.

Nationalpark Donau-Auen

Wie sieht der Ist-Zustand des Nationalparks Donau-Auen aus der Sicht des jetzt seit vier Monaten im Amt befindlichen Umwelt- und Nationalparkministers

aus? Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Planungsphase ist mit dem heurigen Jahr abgeschlossen, der Hauptverantwortliche sitzt unter uns. Es liegt ein Projekt vor, das mit 9.300 ha gestartet werden kann und von dem wir wissen, daß wir es später auf eine Maximalvariante von 11.500 ha ausbauen können und ausbauen wollen. Alleine seitens des Umweltministeriums wurden für den Abschluß der Planungsarbeiten während der letzten beiden Jahre und für die ersten Umsetzungsarbeiten nicht weniger als 24 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Wir wissen aber auf der anderen Seite sehr genau, daß gerade in dieser Region Donau-Auen - anders als dies beispielsweise einige zig Kilometer östlich im Bereich des Neusiedlersee-Seewinkels der Fall war - noch erhebliche Meinungsunterschiede in den Anrainergemeinden herrschen, daß hier noch sehr viel Überzeugungsarbeit vor Ort notwendig sein wird, weil auch dort natürlich dieses in ganz Österreich unverzichtbare Prinzip gilt, welches lautet, daß die Etablierung und der Betrieb eines Nationalparks nur im Konsens und gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung erfolgen kann, alles andere wäre aus meiner Sicht völlig undenkbar.

Nationalpark Kalkalpen

Projekt Nummer 2 Kalkalpen: Hier liegt ein Gesetzesentwurf des oberösterreichischen Landtages vor. Der Nationalpark Kalkalpen beschränkt sich ja auf das Gebiet des Landes Oberösterreich, eine gewisse Erleichterung im Vergleich zu dem Projekt des Nationalparks Donau-Auen. Die Erhebungs- und Planungsarbeiten wurden vom Bund und damit von uns mit jährlich maximal 10 Millionen Schilling mitfinanziert. Dort haben wir es mit einer Flächenvariante zwischen 13.000 und 23.000 ha zu tun, und die meisten von Ihnen wissen es, daß sich die Varianten hier in einem deutlich weiteren Spielraum abspielen, als beim Nationalpark Donau-Auen.

Nationalpark Thayatal

Drittes großes und wichtiges Projekt ist der Nationalpark Thayatal, bei dem auf österreichischer Seite die Größe dieses Nationalparks rund 1.600 ha betragen würde und wo wir, nicht ohne ein wenig beschämt zu sein,

festzustellen haben, daß auf der tschechischen Seite dieser Nationalpark schon existiert. Ich habe unlängst den tschechischen Umweltminister Benda auf der historischen Brücke von Hardegg getroffen und wir haben das diskutiert. Man versteht auf der tschechischen Seite, daß man sich mit der Etablierung eines Nationalparks, der auf ehemaligem militärischen Sperrgebiet errichtet werden konnte, natürlich leichter tut als wir, respektive das Land Niederösterreich, die wir selbstverständlich von rechtsstaatlichen Prinzipien ausgehen und mit ein oder zwei Großgrundbesitzern im Thayatal oder im projektierten Gebiet des Nationalparks Thayatal noch recht weit von einer Einigung entfernt sind.

Nationalpark Kalkhochalpen

Viertes Projekt: Kalkhochalpen. Dieses jüngste Projekt befindet sich noch im Stadium der Grundlagenabklärung, es ist also sicher kein Projekt, das im Jahr 1996 zur Verwirklichung ansteht.

Nun, meine Damen und Herren, von selbst werden diese Nationalparks nicht Wirklichkeit werden, wenn wir bezüglich der Einbringung von Bundesforstflächen keine Klärung zustande bringen, insbesondere was die Projekte Donau-Auen und Kalkalpen betrifft. Aber vielleicht kann hier in einem gemeinsamen Kraftakt von Generaldirektor Ramsauer und Präsident Heilingbrunner der gordische Knoten zerschlagen werden, ich weiß es nicht, aber vielleicht kann das heute vormittag geschehen. Wenn das nicht erfolgt, dann wäre das ein Ausschließungsgrund für die Realisierung dieser beiden Projekte Donau-Auen und Kalkalpen. Wenn keine raschen Artikel 15a Vereinbarungen, Gerhard Heilingbrunner hat diese als Staatsverträge bezeichnet, was ja durchaus richtig ist, für die Projekte Donau-Auen und Kalkalpen zustande kommen, dann können wir auch nicht weiter. Ich komme später noch auf die wichtigste Voraussetzung zu sprechen, nämlich daß die Grundvoraussetzung für den Abschluß solcher 15a Vereinbarungen die Beschlußfassung über entsprechende Landesgesetze ist. Ich teile durchaus die Meinung des Gerhard Heilingbrunner, daß das, was Niederösterreich vorgelegt hat, ein Beginn, ein Ansatz ist. Wenn wir zum Ende gekommen sind, sollte etwas da sein, das zumindest als langfristige Zielvorstellung selbstverständlich auch für den Nationalpark Donau-Auen die Erfüllung der

IUCN-Kriterien zum Inhalt haben sollte. Wenn aber das alles nicht geschieht, dann sieht sich der Umweltminister außerstande beim Finanzminister im Rahmen der laufenden Budgetverhandlungen budgetäre Vorkehrungen für diese Projekte zu treffen. Das würde in der derzeitigen Situation, und ich muß sie nicht näher erläutern, zur Folge haben, daß wir insbesondere auch dann, wenn zum Beispiel die Länder Wien und Niederösterreich nicht gleichlautende budgetäre Vorkehrungen treffen, diese nicht treffen könnten und damit das Jahr 1996 als Umsetzungszeitpunkt fast denkunmöglich wäre. Aber die Geisteshaltung des Umweltministers und auch der leitenden und zuständigen Beamten meines Hauses, die in großer Zahl heute dabei sind, ist nicht so. Das Umweltministerium, das Nationalparkministerium, steht Gewähr bei Fuß und wir wollen diesen Kraftakt mit Ihnen gemeinsam setzen und die Nationalparkentwicklung wieder auf jene Schiene stellen, auf der Fortschritt und nicht Stillstand zu eruieren ist.

Nach dieser Analyse, was denn passieren könnte, wenn nichts geschieht, mit dem sehr einfachen Schluß, dann wird auch nichts geschehen, nun ein Versuch eines Lösungsansatzes für die drei wichtigsten Problemstellungen, nämlich zum einen das Thema Einbringung der Flächen der Bundesforste, zum zweiten Nationalpark Donau-Auen und die entsprechenden Landesgesetze und zum Dritten, wie können wir beim Nationalparkprojekt Kalkalpen fortfahren:

Einbringung der Flächen der Bundesforste

Punkt Nummer eins: Thema Bundesforste. Hier hat die ÖGNU mit der Vorlage eines Konzeptes einer sogenannten Naturgebietestiftung einen aus meiner Sicht durchaus interessanten und Charme habenden, konstruktiven Vorschlag auf den Tisch gelegt, der für mich als denkbare Lösungsvariante in die Verhandlungen einzubringen ist. Ich meine, daß die Frage einer Stiftung insgesamt, einer Naturgebietestiftung, einer Nationalparkstiftung, die Geschichte mit der Geltung des Bundesforstegesetzes, den Sonderstatus einer solchen Fläche, in sehr beachtlicher Weise regeln könnte. Ich halte den Vorschlag für konstruktiv und jedenfalls für wert, in die Verhandlungen mit eingebunden zu sein und mit eingebunden zu werden.

Eines sage ich aber hier sehr deutlich, daß, wenn ich für private Forst- und Grundstückseigentümer klar anerkenne, daß bei der Einbringung solcher Flächen in Nationalparks im Rahmen des Vertragsnaturschutzes der Nutzungsentgang als auch der Vermögensentgang zu entschädigen ist, ich eine solche Grundvoraussetzung bei öffentlichen Eigentümern, gleich welcher Art dieser öffentliche Eigentümer auch sein mag, nicht sehe. Sehr wohl natürlich bei der Frage des Nutzungsentganges, dazu bekenne ich mich, aber meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich von einem Vermögensentgang bei der Einbringung einer Nationalparkfläche durch die Bundesforste ausgehe, dann impliziere ich ja mit dieser Überlegung, daß irgendwann einmal dieser öffentliche Eigentümer diese Fläche auch verkaufen könnte, weil ein Vermögensentgang ja nur dann darstellbar, realisierbar, praktisch sichtbar ist, wenn es zu einer Veräußerung kommt. Diese Veräußerungsmöglichkeit sehe ich weder kurz-, noch mittel-, noch langfristig und deswegen spreche ich mich als Umweltminister jedenfalls gegen die Entschädigung eines sehr fiktiven und wirklich nur sehr theoretischen Vermögensentganges aus.

Ich bekenne mich aber auf der anderen Seite sehr klar dazu, und das hat Gerhard Heilingbrunner gesagt, daß wir insgesamt in diesem Land und erst Recht bei der Errichtung und beim Betreiben von Nationalparks auf schlankes Agieren, auf sparsames Agieren, auf vernünftige Vorgangsweisen abstellen sollten und daß wir soweit möglich - und es wird in weiten Bereichen möglich sein - natürlich auch auf das Know-How, auf das Arbeitskräftepotential der Bundesforste für diese Flächen zurückgreifen sollten.

Landesgesetze für den Nationalpark Donau-Auen

Wie kommen wir weiter bei der Schaffung von Landesgesetzen für den Nationalpark Donau-Auen? Es konnten bisher seitens des BMU keine Verhandlungen geführt werden, wie sie in einer ersten Artikel 15a Vereinbarung zwischen uns, Niederösterreich und Wien über die Planungsarbeiten festgelegt wurden, weil die beiden Bundesländer erst jetzt ihre Verhandlungsteams nominiert haben. Darüberhinaus hat Niederösterreich jetzt wohl vor dem Sommer einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der aber aus meiner Sicht gewisse Schwächen enthält. Man wird noch darüber diskutieren müssen, ob es im

Rahmen eines Gesetzes oder im Rahmen der dann angekündigten Verordnung möglich ist, diese Schwächen, diese Ungereimtheiten zu beseitigen und auszuräumen.

Seitens der Bundeshauptstadt und seitens des Landes Wien vermisse ich aber die Vorlage eines solchen Gesetzesentwurfes überhaupt, Gerhard Heilingbrunner hat hier vom Katz- und Maus-Spiel gesprochen, das will ich nicht wiederholen, aber ich meine, daß man Prioritäten setzen sollte und daß vor der Durchführung irgendwelcher Bewußtseins- und sonstiger Kampagnen einmal die Vorlage eines Gesetzesentwurfes durch das Land Wien zweckmäßig wäre.

Dies wäre der nächste wichtige Schritt zur Erreichung des Ziels Realisierung des Nationalparks Donau-Auen im Jahr 1996. Wenn das der Fall ist und wenn das in den nächsten Wochen erfolgen kann, dann werde ich selbstverständlich das tun, was ich vorher angekündigt habe, nämlich dem Herrn Finanzminister vorschlagen, im Budget 1996 im Rahmen unseres Ressorts entsprechende Finanzmittel vorzusehen. Dann sehe ich eine gewisse Chance, daß wir zumindest für den Nationalpark Donau-Auen sicherstellen können, daß die Arbeiten so zügig fortgesetzt werden können, damit eine Terminsetzung 1996 noch möglich ist. Allerdings unter der Einhaltung einer weiteren Voraussetzung, daß auch bei der Erarbeitung und der Bewahrung dessen, das mit viel persönlichem Einsatz und mit viel persönlichen Mitteln geschehen ist, auf Kontinuität und nicht auf Diskontinuität gesetzt wird. Nur dem Umweltminister brieflich mitzuteilen, daß der Beamte A oder der Beamte B dann diese Aufgaben weiterführen würden, das ist zu wenig. Ich werde hier nicht über Personen diskutieren, das ist nicht meine Aufgabe, aber ich stelle die klare Forderung in den Raum, daß all das, was an Planungsarbeit und an Vorbereitungsarbeit bisher geleistet wurde, zu sichern ist, daß auf Kontinuität gesetzt werden muß und daß es hier keine Bruchlinie geben darf, die dann womöglich dazu führt, daß wir zwar unter Umständen die gesetzlichen Voraussetzungen hätten, auch die finanziellen Mittel, aber die theoretischen und planerischen Voraussetzungen insofern nicht mehr aktuell genug sind, um den Termin 1996 zu halten. Das wäre schade.

Ich bin da flexibel, ob das jetzt in einer Vereinsform, in einer Betriebsgesellschaft oder in einer reinen Vorbereitungsgesellschaft geschehen soll, da kommt es nicht so sehr auf das Gesellschaftsrechtliche oder auf den Namen an, sondern

da geht es darum, Know-How zu sichern und dafür Klarheit zu schaffen, daß wir zu Silvester dieses Jahres nicht an einer Sackgasse angelangt sind und eigentlich nicht mehr genau wissen, wie es weiter geht.

Weitere Vorgangsweise beim Nationalparkprojekt Kalkalpen

Sehr kurz kann ich mich fassen bei der Erörterung der weiteren Vorgangsweise betreffend das Projekt Kalkalpen. Auch hier ist die entscheidende Frage, wie regeln wir die Einbringung der Bundesforstflächen?

Nun meine sehr geehrten Damen und Herren, was Heilingbrunner und ich gesagt haben, ist nicht unbedingt Anlaß zur Freude, aber Sie sind alle Insider und Sie wissen, wie es aussieht. Ich meine, es hat keinen Sinn, gerade Ihnen ein X für ein U oder umgekehrt vorzumachen, sondern die Fragestellung ist legitim: Nationalparks - Wie geht es weiter? Es bedarf dieser Kraftanstrengung, aber bekennen wir uns gemeinsam zu diesem Ziel, das Jahr 1996 zu einem Jahr der Nationalparks zu machen! Zu einem Jahr der Nationalparks, in dem es gelingt, das eine oder andere Projekt auch tatsächlich zu verwirklichen.

Ich danke schön.

Hemmschuh oder Motor der Nationalpark-Entwicklung - Die Rolle der Bundesforste

DI Richard Ramsauer

Generaldirektor, Österreichische Bundesforste

Hemmschuh oder Motor der Nationalpark-Entwicklung - Die Rolle der Bundesforste

DI Richard Ramsauer

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich sehr herzlich für die Einladung zu dieser Veranstaltung bedanken.

Wenn das Thema, das mir vorgegeben wurde "Hemmschuh oder Motor" heißt, so ist es aus der Sicht der Bundesforste natürlich so etwas, salopp gesagt, wie eine "No - Na - Frage", aber der eine oder andere wird das natürlich auch sehr differenziert sehen, ich möchte nicht anstehen, auf beide Aspekte im Thema einzugehen.

Ich sehe natürlich, wenn ich mir die Möglichkeiten und die effektiven Handlungen der Bundesforste in Naturschutzfragen generell ansehe, die Bundesforste als Motor in Naturschutzfragen. Ich darf Sie darauf hinweisen, und viele von Ihnen kennen das, daß die Bundesforste in eigener Initiative so etwas wie ein Moorschutzkonzept, ein Seeuferprogramm oder auch die Frage der Naturwaldreservate aktiv angegangen sind. Ich glaube, wenn man über Nationalparks spricht, muß man die Frage des Naturschutzes und anderer Bereiche miteinbeziehen. Darüberhinaus ist es Ihnen allen bekannt, oder zumindest haben Sie es sicher aus unserem Mund schon gehört, daß über 40% der Flächen der Bundesforste in irgendeiner Form vom Naturschutz betroffen sind. Sei es, daß es Nutzungseinschränkungen mit sich bringt, in weitesten Bereichen jedoch ohne Nutzungseinschränkungen. Ich möchte in diesem Zusammenhang, weil ich hier auch als Forstwirt stehe, natürlich auch darauf hinweisen, daß, wenn man sich mit etwas Objektivität und Sachinteresse die Waldbewirtschaftung der Österreichischen Bundesforste ansieht, daß man auch in diesem Bereich in Richtung der Entwicklung der naturnahen Waldwirtschaft bei den Österreichischen Bundesforsten so etwas wie eine Opinionleaderschaft entdecken kann und entdecken muß, und daß das auch eine Frage ist, die im Rahmen einer solchen Veranstaltung zumindest einer Erinnerung bedarf.

Rechtsgrundlagen

Ich meine aber, wenn Sie an die Frage "Österreichische Bundesforste - Hemmschuh oder Motor?" herangehen, dann sollte man fairerweise, und das ist meines Erachtens eine der wesentlichen Grundlagen, sich darüber im klaren sein, auf welchen Rechtsgrundlagen die Österreichischen Bundesforste und die Forstwirtschaft in Österreich insgesamt stattfinden. Ich glaube, nur wenn man diese Rechtsgrundlagen auch selber kennt, kann man beurteilen, was die Bundesforste wie machen und was sie wie nicht machen. Und nur wenn man diese Rechtsgrundlagen der Bundesforste kennt, und auch wirklich respektiert, wird man feststellen, welche Möglichkeiten die Österreichischen Bundesforste im Rahmen von aktivem Naturschutz haben, wie Sie es hier verstehen und wie man auch die Nationalparkprojekte bezeichnen kann; dann werden Sie diese Möglichkeiten auch werten können.

Ich sage das deshalb, weil ich das Gefühl habe, daß in der Kritik, die in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Bundesforste zukommt, die Beurteilung und die Beachtung der Rechtsgrundlagen, auf denen wir stehen, einfach nicht entsprechend gewertet werden. Ich muß Sie außerdem darauf hinweisen, daß alle Eigeninitiativen, die die Bundesforste setzen, mit Auswirkungen auf das Budget der Bundesforste und somit auch auf das Staatsbudget verbunden sind. Und daß daher alle Maßnahmen, die die Bundesforste setzen, ob man will oder nicht, der budgetären Deckung, sofern sie Budgetauswirkungen haben, durch das Bundesministerium für Finanzen bedürfen, sofern sie nicht in unserem jährlichen Budget vorgesehen sind.

Bei der Budgetsituation ist die Tendenz eher in die Richtung, daß für den normalen Geschäftsbetrieb das Budget schwer abzusichern ist und für aktive Naturschutzinitiativen irgendwelche Spielräume, für mich jedenfalls, nicht ersichtlich sind.

Eigeninitiativen der Österreichischen Bundesforste

Die Eigeninitiativen der Österreichischen Bundesforste rühren natürlich auch an den Rechtsgrundlagen der Republik. Wie Sie wissen, ist

Naturschutzgesetzgebung primär bei den Ländern angesiedelt und natürlich berührt die Frage der Entschädigung, die auch heute vom Herrn Bundesminister schon angeschnitten wurde, bei den Österreichischen Bundesforsten auch die sehr heikle Frage, die politisch sehr heikle Frage, des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern.

Ich glaube, und ich muß um Verständnis ersuchen, daß man diese ganz triviale Voraussetzung, unter denen Wirtschaft wie auch Forstwirtschaft in Österreich stattfindet, einfach kennen sollte und kennen muß, dies bei aller Euphorie und bei allen verständlichen Anliegen, die hier im Naturschutz und bei den Nationalparks einfach gegeben sind. Das ist die tägliche Realität für die Österreichischen Bundesforste, es wird permanent über Geld geredet und es muß darüber gesprochen werden.

Moorschutzkonzept

Sieht man nun die Initiativen unter diesem Gesichtspunkt, so ist es beim Moorschutz eine meines Erachtens sehr bedeutende Umweltinitiative der Österreichischen Bundesforste. Wir haben über ein Viertel der in Österreich bekannten Feuchtbiotope auf Flächen der Österreichischen Bundesforste und wir haben vor zwei Jahren in einem Moorschutzkonzept diese Flächen unter ausdrücklichen Schutz des Unternehmens gestellt. Wir haben hier die glückliche Situation gehabt, daß wir mit Ausnahme von marginaler Torfnutzung keine wirklich wirtschaftlichen Eingriffe in das Unternehmen getätigt haben, d.h. wir haben aktiv die Möglichkeiten, den Spielraum, den kleinen, den wir haben, genutzt, um hier wirklich Initiativen zu setzen. Das heißt, eine ökologisch doch, glaube ich, sehr, sehr wichtige Initiative ohne wirklich nennenswerte direkte Budgetauswirkung. Für uns heißt das, daß wir in der Waldbewirtschaftung auf diese Flächen ganz besonders Rücksicht nehmen werden und daß eine Torfnutzung oder eine weitere Nutzung in dieser Hinsicht von uns nicht durchgeführt wird.

Seeuferkonzept

Nehmen Sie das zweite Programm, das ich kurz erwähnt habe, das Seeuferkonzept. Ich habe das auch ganz gezielt getan, um Ihnen so ein bißchen die Sachzwänge, in denen sich die Bundesforste befinden, klarer zu legen. Wir haben also seit über zwanzig Jahren mit sehr großen Beträgen, -zig Millionen-Beträgen, Seeuferflächen angekauft, um sie einerseits vor der Nutzung, vor der Verbauung usw. zu schützen und auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Man könnte durchaus sagen, daß das auch ein Ökoprogramm ist. Es ist ein typisches Programm, wo sich die Bundesforste relativ leicht tun, es wurde einmal beschlossen, daß man hier ein jährliches Budget dafür vorsieht. Wir haben in den Budgetverhandlungen diese Budgets jährlich weiter sichern können und damit ist die Grundlage dafür gegeben, daß wir wirklich Voraussetzungen haben, auch seitens des Unternehmens diese Initiativen zu setzen.

Naturwaldreservate

Nehmen wir den dritten Punkt, den ich kurz erwähnt habe, die Naturwaldreservate. Wir haben ein kleines Forschungsprogramm mit der Universität für Bodenkultur laufen, bei dem wir kleine Naturwaldzellen auf Initiative der Universität ausgeschieden haben und wo man mit Genehmigung des Finanzministeriums, nach dem es sich bis dato um sehr kleine Bereiche handelt, die Forschungsergebnisse dieser Bereiche durch die Universität für Bodenkultur sozusagen als Ertrag akzeptiert hat. Wenn wir ein Naturwaldreservateprogramm in größerem Stil fahren würden, würden wir um die Frage der Entschädigung aus der Sicht des Finanzministeriums, wenn es um nennenswerte Beträge geht, jedenfalls nicht herunkommen.

Vertragsnaturschutz

Was ich Ihnen damit sagen will, ist ganz einfach und vielleicht ganz kurz. Wo wir können, glaube ich, sind wir Motor. Ich glaube, das geht auch noch ein bißchen weiter. Ich darf in diesem Zusammenhang die Frage des

Vertragsnaturschutzes erwähnen. Verehrte Damen und Herren, Sie wissen doch alle ganz genau, daß man im Vertragsnaturschutz praktisch mit den Bundesforsten jederzeit jegliche Initiative, sofern sie entsprechend Vernunft und Deckung hat, umsetzen kann.

Das heißt, über Vertragsnaturschutz können mit den Bundesforsten jederzeit Regelungen getroffen werden. Ich meine, gerade bei den sehr ausufernden Diskussionen über die Nationalparkschaffung hat man diesen Punkt des Vertragsnaturschutzes etwas zu sehr auf die Seite gestellt. Dieser Punkt ist etwas zu kurz gekommen, aus meiner Sicht. Wenn einem etwas daran liegt, daß man zu raschen Umsetzungen kommt, dann wäre das doch das Instrument, wie ich meine, mit dem man am raschesten weiter kommt. Die Bundesforste sind ja hier nicht aus eigenem sozusagen zurückhaltend, sondern es hängt natürlich davon ab, daß man Vertragspartner findet, mit denen man auch gemeinsam die Definitionen finden kann für das, was man dort vor hat. Auch wenn man das jetzt vielleicht für etwas kompliziert hält, so meine ich, daß die Länder, die die Initiativen dazu ergriffen haben, Nationalparks vor allem auf Bundesforsteflächen zu gestalten, daß die Länder hier natürlich auch mit uns - mit einer entsprechenden budgetären Deckung durch das Finanzministerium und entsprechenden Spielregeln über Vertragsnaturschutz - hier Regelungen treffen können. Das heißt, es können auf Bundesforsteflächen jederzeit Naturschutzinitiativen vertraglich vereinbart werden.

Darüberhinaus, um den Motor zu erwähnen, meine ich, spielen die Fragen der Vorschläge der Bundesforste eine gewisse Rolle. Ich glaube, man sollte bei so einer Tagung doch auch nicht verschweigen, daß vor drei Jahren, als Nationalparkplanungen sehr, in Oberösterreich zum Beispiel, im Sumpf gesteckt sind, wir mit unserem Nationalparkkonzept versucht haben, die Diskussion positiv in Gang zu bringen. Wir machten mit diesem Konzept Vorschläge, wie man dort einen Nationalpark schaffen könnte. Es war nichts anderes als eine konzeptive Vorstellung, aber es waren doch die wesentlichen Elemente enthalten. Das hat immerhin dazu geführt, und das war doch ein deutliches Signal für die Bundesforste, daß der Herr Landeshauptmann damals am 1. Dezember 1992, das Konzept mit uns gemeinsam vorgestellt hat und er gefunden hat, daß das doch ein sehr interessanter und sehr passabler Gedankenansatz für die Schaffung von Nationalparks ist.

Ich meine, daß man die Funktion, die wir übernommen haben, mit Vorschlägen die Diskussion weiter anzutreiben und mitzuhelfen, anerkennen muß als Motorfunktion der Bundesforste.

Nationalparkprojekte

Nationalpark Kalkalpen

Wenn ich nun kurz vielleicht auf die einzelnen Nationalparkprojekte eingehe, die uns betreffen und die heute schon genannt worden sind, so haben wir beim Nationalpark Kalkalpen im Jahr 1992 den erwähnten Vorschlag vorgelegt. Damals, und darauf möchte ich hinweisen, war sogar die damalige Fläche mit der damaligen Nationalparkplanung abgestimmt, d.h., es gab einen abgestimmten Entwurf über eine Nationalparkfläche. Das stellt sich heute anders dar, da wir einen Nachtragsvorschlag erhalten haben, der eine doch nennenswerte Vergrößerung beinhaltet. Wir haben seither mit dem Land und mit Vertretern des Landes sehr konstruktive Verhandlungen gehabt.

Wir sind in sehr vielen wichtigen Punkten sehr, sehr weit gekommen. Wir stehen jetzt an der Schwelle zu den wichtigen Dingen. Das ist wie immer das Geld bzw. in dem Fall auch die Flächengröße, was ja zusammenhängt und ganz wichtig für uns die Frage der Verteilung der Aufgaben im Nationalpark.

Kalkhochalpen

Wenn ich als zweites Gebiet die Kalkhochalpen nehme, so habe ich heute gehört, daß das ein Projekt ist, welches für 1996 keine Priorität hat. Ich glaube, ich habe den Herrn Bundesminister hier richtig verstanden. Für uns ist es so, daß wir auch dort, wo die Bundesforste in weitesten Bereichen Grundeigentümergebiet sind, rasch in einer relativ einfachen Konstellation von der ganzen Beschaffenheit der Fläche her Vereinbarungen treffen könnten. Wir haben bisher in vielen Gesprächen mit dem Land Salzburg und auch mit der Nationalparkplanung gewisse unterschiedliche Standpunkte gehabt, was Vertragsnaturschutz ist, und ich würde meinen, daß wir natürlich auch in diesem

Bereich jederzeit für weitere Gespräche zur Verfügung stehen.

Donau-Auen

Im Bereich Donau-Auen ist es so, daß die Bundesforste zumindest insofern aktiv tätig geworden sind, daß wir einerseits unter sehr, sehr schwierigen Rahmenbedingungen die Nutzungseinschränkungen in Abstimmung mit der Nationalparkplanung durchgeführt haben. Diese Nutzungseinschränkungen waren wirklich so etwas wie ein Eiertanz. Wir haben teilweise die schriftliche Deckung des Finanzministeriums nicht gehabt. Ich möchte auch das hier erwähnen, damit Sie sehen, wie die Rahmenbedingungen des Managements der Österreichischen Bundesforste sind. Wir sind überzeugt, daß besonders dieses Projekt sehr breit getragen ist und möchten natürlich auch hier im Rahmen von konstruktiven Verhandlungen unsere Vorstellungen und unsere Positionen einbringen und für uns wichtige Punkte als Verhandlungsergebnisse haben.

Grundsätze für die Nationalparkplanung

Es gibt für uns drei Grundsätze, die Nationalparkplanungen in Österreich betreffen:

- * Klarheit über Entschädigung
- * Klarheit über Abgrenzung
- * Klarheit, in welcher Form das Bundesforstemanagement in die Nationalparks miteinbezogen wird.

Sie werden verstehen, daß diese drei Punkte geradezu explizit aus der Funktion des Managements der Österreichischen Bundesforste und den Regeln, in denen wir stehen, hervorgehen. Wenn Sie das von mir vorher Gesagte kurz Revue passieren lassen, Bundesforstegesetz etc., so ist das, glaube ich, doch eine logische Position des Unternehmens.

Entschädigungskriterien

Was Nationalparks Donau-Auen und Kalkalpen betrifft, haben wir in wesentlichen Fragen der Entschädigungskriterien bereits einen Durchbruch. Es sind zwischen dem Land, den Kammern, dem Finanzministerium und den Bundesforsten schon gemeinsame Kriterien der Entschädigungsberechnung festgelegt. Es entzieht sich klarerweise, sehr geehrte Damen und Herren, der Einflußmöglichkeit der Österreichischen Bundesforste, wie die Eigentümerversetzung mit den Entschädigungen auf Bundesforsteflächen umgeht.

Ich möchte das hier auch gar nicht kommentieren. Es ist unsere Aufgabe, diese Entschädigungsberechnungen durchzuführen, sie festzustellen und dann wird die Eigentümerversetzung in Verhandlung mit den Ländern entsprechende Maßnahmen treffen, bzw. wird es zu einer Aufteilung der Kosten kommen. Dafür gibt es ja auch schon deutliche Signale, ich denke nur an einen Ministerratsvortrag vom Jahr 1994.

Rechtliche Voraussetzungen für die Nationalparks

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Nationalparks, und auch dort haben die Bundesforste wirklich keine Möglichkeit, sind eben die Paragraph 15 a Vereinbarung und das Nationalparkgesetz. Hier werden Gesetzesentwürfe gemacht, von denen ich ganz offen sage, daß die Bundesforste nicht jubeln vor Freude. Es ist die Frage, ob es sich bei der ganzen Angelegenheit nicht teilweise um Hüftschüsse handelt. Ich möchte doch, sehr, sehr vorsichtig umgehen mit der Kommentierung von Gesetzesentwürfen. Ich meine jedoch, daß bei den Gesetzesentwürfen auch unbedingt die Paragraph 15 a Vereinbarung Bund-Land verhandelt, besprochen und abgeschlossen werden soll, sonst haben wir hier ja zwei verschiedene Dinge zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Entstehung, die aber in Wirklichkeit inhaltlich zusammen gehören. Hier möchte ich an die Gesetzgeber appellieren, daß man sich entsprechend kurzschließt.

Ich möchte daher zur Frage, wo die Bundesforste Motor sind, abschließend sagen, daß bei Beachtung der bekannten Spielregeln, wie sie für die Österreichischen Bundesforste gelten, und fairer Einbindung des Unternehmens, wir großes Interesse an der Mitwirkung bei Nationalparks haben. Die drei von mir zur Diskussion gestellten Nationalparks können aus unserer Sicht rasch geschaffen werden .

Wo sind die Bundesforste Hemmschuh?

Wir sind natürlich dort Hemmschuh, wo unsere betrieblichen und rechtlichen Grundlagen bewußt negiert werden. Wir müssen es da sein, wo die wirtschaftliche Bedeutung der Bundesforste im Rahmen der österreichischen Forstwirtschaft nicht anerkannt oder bewußt nicht anerkannt wird, ganz besonders dort, wo die Kompetenz unserer Mitarbeiter in Naturschutzfragen bewußt und gezielt in Frage gestellt wird, wo die Leistungen der Bundesforste, was die Waldentwicklung in Österreich betrifft, nicht richtig anerkannt wird, ganz besonders aber auch dort, wo in der Frage der Verteilung der Managementaufgaben unredlich argumentiert wird. Auch das kommt vor.

Unser Sekretariat muß sich sehr oft mit Zeitungsaussagen, Interviews und Briefen beschäftigen, wo wir einfach das Gefühl haben, daß unredlich argumentiert wird. Unredlich meine ich dahingehend, daß wir von Leuten kritisiert werden, die vor allem, ich sage das jetzt etwas prägnant, unsere Jobs und unsere Flächen wollen. Da möchte ich meinen, daß die Bundesforste und das Management der Bundesforste das Wort erheben müssen.

Abschließend lassen Sie mich vielleicht noch einmal darauf hinweisen, und auch das erlaube ich mir, noch einmal bei einer Nationalparktagung zu sagen, daß die Forstwirtschaft in der Kulturlandschaft für Österreich unverzichtbar ist. Es ist für unser Land einfach unverzichtbar, daß es eine gesunde Forst- und Holzwirtschaft gibt. Es ist aber auch mehr als verständlich, wenn Initiativen, wie Nationalparks oder andere Naturschutzinitiativen, als berechtigtes Anliegen in einer so hoch entwickelten Gesellschaft und Volkswirtschaft wie Österreich zum Tagesthema werden. Und wenn diese Gesellschaft es sich zur Aufgabe macht, solche Anliegen umzusetzen.

Darüber müssen wir uns völlig im Klaren sein. Ich möchte jedoch um Verständnis ersuchen, daß man bei der Umsetzung dieser Maßnahmen, bei der Umsetzung dieser Anliegen vor allem auch auf die Betroffenen bedacht nimmt. Die Betroffenen sind nicht nur die Österreichischen Bundesforste, das sind auch die Gemeinden draußen, das sind die Bauern und die örtliche Bevölkerung.

Sehr geehrte Damen und Herren, als wir im Jahr 1992 unser Konzept in Oberösterreich vorgestellt haben, habe ich als nächsten Schritt alle Gemeinden davon informiert. Sie können sich gar nicht vorstellen, was die für eine Freude gehabt haben, daß man hinausgeht und ihnen einmal erzählt, was man eigentlich vorhat. Ich möchte sagen, das positive Echo, das wir da gehabt haben, das war überwältigend. Das war so überwältigend, daß wir uns dann sogar etwas zurückgezogen haben, weil wir eigentlich nicht Politik machen möchten in dem Sinn, weil wir das auch nicht können. Ich möchte damit sagen, wenn Tagungen stattfinden, bei denen sehr oft die Betroffenen nicht dabei sind, daß man darauf besonders Rücksicht nehmen soll. Das Wesentliche bei der Nationalparkwerdung ist, daß man der örtlichen Bevölkerung die Angst nimmt. Ängste steuern uns alle sehr und bei der Nationalparkdiskussion merkt man das ganz besonders deutlich. Zu den Betroffenen zählen auch die Österreichischen Bundesforste und ihre Mitarbeiter, die unter den Spielregeln, die ich eben kurz skizziert habe, sehr gerne bei diesen Projekten mitmachen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**In bester Gesellschaft -
Österreich wird Nationalpark-Nation**

Univ. Prof. Dr. Bernd Lötsch
Generaldirektor, Naturhistorisches Museum

In bester Gesellschaft - Österreich wird Nationalpark-Nation

Univ. Prof. Dr. Bernd Lötsch

Die Wurzeln in der Neuen Welt: Am Anfang standen Künstler

Es begann mit einem Naturwunder. Als der amerikanische Maler Thomas Moran dem Amerikanischen Kongreß um 1870 seine Aquarellskizzen der Yellowstone Fälle vorführte und bescheiden meinte, das Schauspiel sei jenseits der Ausdrucksmöglichkeiten menschlicher Kunst, waren die Abgeordneten sensibel genug, diese Wildnis für alle Zeiten als unantastbar zu erklären, vor jeder Ausbeutung zu bewahren - zur Erbauung, Freude und Bildung kommender Generationen.

Bedenkt man, daß Amerika damals noch in weiten Teilen aus der Wildnis bestand, kann man den Weitblick des Yellowstone Act von 1872 kaum fassen. In der Tat begründet er aber eine Idee, die man als "Nutzungsverzicht eines Kulturstaates zugunsten der Natur" verstehen könnte, und die heute, nach 120-jähriger Erfahrung mit hunderten Nationalparks in aller Welt, als einer der bedeutendsten Beiträge Amerikas zur Kultur des 20. Jahrhunderts gelten kann. Der Poet, Bürgerrechtskämpfer und Naturphilosoph Henry David Thoreau (1817 - 1862) hatte das neue Ethos schon Jahrzehnte früher begründet: "In wildness there is a preservation of the world" (In der Wildheit erhält sich die Welt). Erst heute verstehen wir wie recht H. D. Thoreau damit hatte. Es hat gute Gründe, warum der Nationalparkbegriff erst jetzt zum politischen Thema vieler Länder wird:

Wieviel Natur braucht der Mensch? Braucht der Mensch Natur?

Mit der Natur ist es wie mit der Gesundheit. Ihr Wert wächst ins Unermeßliche so wie sie schwindet. Die Zunahme nervlich-seelischer Zivilisationsschäden führen Psychologen auch auf den - oft unbewußten - "Natureschockverlust" zurück.

Dies wird um so wichtiger, seit man weiß, daß seelische Komponenten an der Entstehung der meisten Krankheiten beteiligt sind. Intensives Naturerleben kann Streß abbauen, die Konzentrationskraft steigern, Blutdruck und Gemütslagen harmonisieren sowie Verspannungen lösen. Naturkontakt - voll von Schönheit und Geheimnis - wird für den Menschen in einer entzauberten, technischen Ersatzwelt zur Seelennahrung, zum Vitamin für sein Gemüt.

Nationalpark-Landschaften tragen bei, die "seelische Hungersnot" des Industriemenschen zu lindern - sie sind nicht nur "Biotope", sondern auch "Psychotope".

Zweifellos erholt der Mensch sich an der Natur. Wo aber erholt sich die Natur vom Menschen? Die Nationalparkidee versucht eine Antwort auf beide Herausforderungen.

Wir sind Zeitzeugen des rasantesten Artensterbens der Erdgeschichte. Jeden Tag (!) verlöschen rund 130 Lebensformen (eine halbe Million Arten im kommenden Jahrzehnt) unwiederbringlich - und mit ihnen ein ungehobener Schatz aus Millionen Jahren Lebensentwicklung, eine unermeßliche Genbank für Pharmazie und Landwirtschaft, unerschöpfliche Rätsel für Generationen von Forschern, ästhetische Inspiration für Generationen von Künstlern. Das Tempo des Artenschwundes beträgt das Tausendfache der natürlichen Abgangsrate in der Evolution. Jede ausgerottete Pflanze reißt 10 - 30 Tierarten in den Untergang.

"Es ist als hätten die Länder der Erde beschlossen, ihre Bibliotheken zu verbrennen, ohne sich die Mühe zu machen, nachzuschauen, was sie enthalten."

Nur sachkundig geplant und organisiert könnte Öko-Tourismus ("Nature based tourism") das beste Beispiel für den nachhaltigen Nutzen der Wildnis sein. "Nachhaltigkeit bedeutet, die Bedürfnisse der Gegenwart zu erfüllen, ohne die Nachwelt zu berauben", formuliert es der neue Umweltberater der Weltbank.

Der Nationalpark-Ranger

Noch 5 Jahre nach der Gründung des Yellowstone Nationalparks wurden Touristen in einer Postkutsche von flüchtenden Nez Percé Indianern massakriert, noch 14 Jahre nach Gründung gab es praktisch keinen Schutz der Natur vor Wilderern, Herden und übermütigen Besuchern, die

beispielsweise Gegenstände in die Geysire warfen - ja sogar Seifenflocken, um Eruptionen auszulösen. 1886 wurden Kavallerietruppen in den Park abkommandiert, geschult, in unwegsamem Feindgebiet vor der Front zu operieren - doch vom Management eines Wildnisreservates hatten die Militärs keine Ahnung. Sie glaubten, jagdlich eingreifen zu müssen, schossen Pumas, Wölfe, Kojoten in großer Zahl, setzten die falschen Fischarten in bislang ungestörte Gewässer.

Es waren aber denn auch nicht die Armeeoffiziere, die an den Wurzeln des 30 Jahre später etablierten Ranger-Berufes standen, sondern kenntnisreiche Zivilisten - nämlich die naturerfahrenen Kundschafter, welche von der Armee vor Ort angeheuert wurden - wegen ihrer Fertigkeit als Geländeführer, Wildniserfahrung, Überlebenstechniken, Kunst des Fährtenlesens und Kontaktfähigkeit mit Indianern. Ihre Lebensart färbte sogar auf einen Teil der dort stationierten Soldaten ab.

Fünf dieser Waldläufer, sogenannte Scouts (Späher, Aufklärer vom lat. "ascoltare" - horchen) wurden dann vom 1016 gegründeten Nationalpark Service übernommen und bildeten den Urtypus des Berufsbildes Nationalpark Ranger. Als Allererster gilt jedoch der legendäre Harry Yount, ein Union Army Veteran des Bürgerkrieges und ehemaliger Stierbändiger und Büffeljäger, der 1880 als Wildhüter im Yellowstone angestellt wurde. Er führte auch viele hohe Gäste, war ein Original von immenser Naturkenntnis und beeindruckte auch den Amerikanischen Präsidenten.

Das Wort "Ranger" (von range - Reichweite, Ausdehnung, Gebiet, Revier) war zwar auch die Bezeichnung für Angehörige einer berittenen Schutztruppe, war aber im Amerikanischen schon lange das Wort für Förster und wurde in England seit jeher für einen Revieraufseher (Verwalter königlicher Parks und Jagdgebiete) verwendet. So hatten auch die Nationalpark Ranger Wilderer zu bekämpfen, Weidetiere zu entfernen und Waldbrände zu verhindern. Die seit 1889 in Kaliforniens Yosemite Park tätigen Staatsförster bezeichneten sich auch dann noch als "forest Rangers", als auf ihren Gehaltszetteln längst "Park Ranger" stand.

1914 entwarf der Kalifornier Mark Daniels eine Ranger Uniform, die an die der "Army Scouts" erinnerte und dem Pfadfindergewand der von Baden Powell gegründeten "Scouts" nahekommt. Übrigens ist "Ranger" auch ein begehrter Rang bei den Pfadfindern.

Das Berufsbild der frühen Nationalpark Ranger baut demnach auf zivilen

Fährtenlesern mit jagdlich / forstlichen Kenntnissen und einem abgeschlossenen Überlebenstraining in der Wildnis auf.

Die ehemaligen Voraussetzungen eines Bewerbers lauteten:

1. Alter: 21 bis 40 Jahre
2. guter Charakter
3. gute körperliche Verfassung
4. gute Menschenkenntnis und taktvoller Umgang mit Menschen
5. eine allgemeine gute Schulbildung
6. die Fähigkeit, ein Pferd zu reiten und zu pflegen
7. geübter Umgang mit Gewehr und Pistole
8. Kenntnisse im Wegbau und in der
9. Bekämpfung von Wildfeuern und Waldbränden

Allerdings strebte Stephen Mather, der Gründer des Nationalpark Service, schon damals die Anhebung des Bildungsniveaus als auch die Einführung einer Aufnahmeprüfung an. Überdies befürwortete er die Jobrotation, also das Wechseln des Arbeitsplatzes innerhalb verschiedener Nationalparke. Seit 1920 gibt es auch Frauen als Ranger.

"Interpretive Rangers" heute

Mit der Antwort auf die Frage "Was ist ein Ranger?" würde der amerikanische Nationalparkbesucher das Berufsbild des Rangers wohl folgendermaßen beschreiben:

Ein Ranger ist die Person mit der bekannten graugrünen Uniform, dem goldenen Abzeichen und dem typischen Hut. Man trifft sie an der Eingangskassa, am Informationsstand, als Vortragender eines Lagerfeuerprogramms oder beim Hinweis auf eine Verletzung der Parkregeln. Der Ranger ist Ansprechperson für eine Frage, einen Notfall oder eine Beschwerde. Der Ranger ist die freundliche, vertrauensvolle und kenntnisreiche Person, die das National Park Service repräsentiert.

Dies mußte hier dargestellt werden, um die dummen Gerüchte zu entkräften, Nationalpark Ranger seien militärische Feldpolizisten, welche die

verschüchterten Ausflügler in Nationalparkgebieten autoritär herumkommandieren und den Zugang zur Natur unterbinden, wie ich dies von Nationalparkgegnern in Österreich noch immer bis zum Überdruß zu hören bekomme.

Erlebnisangebote, Besucherbetreuung - "Interpretation"

Die in der "Interpretation" tätigen Rangers sind heute meist akademisch ausgebildet (Biologen, zum Teil mit fachdidaktischem Schwerpunkt, Ökologen und Absolventen eines Studiums, das an amerikanischen Universitäten "Resources Management" heißt). Sie werden mehrere Jahre nur saisonweise angestellt, meist zwischen zwei Nationalparks wechselnd (z. B. Wintersaison: Everglades, Sommersaison: Yellowstone oder Yosemite National Park). Erst nach mehrjähriger Bewährung (Erfolgskontrolle im Umgang mit Besuchern, Initiative und Ideenreichtum bei Gestaltung von Exkursionen oder audiovisuellen Präsentationen) werden sie in den festen Stab übernommen. Sie arbeiten auch im Freien mit vielerlei Demonstrationsobjekten - Skeletten, Bälgen, ja sogar Aquarien, die als Modelle der Teichökologie auf die Besucherrouen gebracht werden.

Bewundernswert war auch die Geistesgegenwart, mit der die Naturführer aus jedem zufällig auftauchenden Tier eine Story zu machen verstehen, und wie sie in ihren Ausführungen den Bogen von der Biologie einzelner Vogel- und Reptilienarten bis zu fundamentalen Umweltproblemen, etwa der Nahrungskettenspeicherung von Pestiziden spannten. Gleichzeitig werden Wertgefühle für den Nationalpark und in sympathischer Weise beinahe so etwas wie "Ökopatriotismus" vermittelt.

Die feldökologischen, von Rangern angebotenen Kurse werden auch sehr stark von Pensionisten frequentiert; Menschen, die ein Leben lang für das Geldverdienen lebten und im Alter die Natur entdecken.

Extrem zurückhaltend ist man innerhalb des Parks mit Kantinen, Gaststätten und Geschäften. Schülercamps, Holzbaracken für Schulgruppen mit Lehrpersonen, die die Verpflegung und auch Fahrräder mitbringen, haben sich sehr bewährt.

Die Organisationsform Nationalpark dient zuallererst dem Schutz und erst in zweiter Linie dem Tourismus.

In den eher kleinräumigen, von vielen Seiten zugänglichen Nationalpark-Landschaften Mitteleuropas stellt sich das Problem noch differenzierter als in den USA. Hier genügt es nicht, Besucherzahlen zu begrenzen und harte Tourismuserschließungen zu verhindern.

Wer die Natur liebt, bleibt auf Distanz - Öko Knigge für Draußen

Gerade Naturliebhaber - der anpirschende Tierfotograph, der ausharrende Angler oder still kampierende Paddler - können den Bruterfolg scheuer Wasservögel nachhaltiger stören als eine durchziehende Schulklasse mit Kofferradio. Die stundenlange Präsenz des Fischers am Wasserrand wirkt auf Brutvögel wie eine Belagerung. Sie kehren nicht zum Nest zurück - das Gelege kühlt aus oder die Küken verhungern.

Nach Untersuchungen an den Inn-Stauseen reduzieren zwei Angler pro Tag und Uferkilometer die Anzahl der Schwimmvogelnerster auf ein Drittel des ungestörten Zustandes, die Anwesenheit von 10 Anglern pro km und Tag läßt die Nestanzahl auf ein Zehntel schrumpfen. Umgekehrt stieg in der Reichersberger Au am unteren Inn nach der Sperre zur Brutzeit von 1979 auf 1980 die Brutpaarzahl auf das Zehnfache an.

In der Regelsbrunner Au am Donau-Südufer, dem Schutzkaufgebiet der österreichweiten Aktion "Natur freikaufen" von WWF und Nationalparkinstitut Donau-Auen, werden Fischereilizenzen nur mehr an Einheimische ausgegeben. Damit konnte die Zahl der Fischer auf dem Altarmsystem auf ein Drittel reduziert werden. Das Gebiet, dessen Kauf auch mit Hilfe der Österreich-Werbung möglich wurde, ist das beste Eisvogelrevier der Donau-Auen östlich von Wien und ein wichtiger Nahrungsplatz für Graureiher. Für den Freizeitbootsbetrieb werden lokale Verbote nötig sein oder zumindest saisonale Regelungen gefunden werden müssen.

Am wenigsten schaden Bootswanderungen auf der offenen Donau, sofern man bestimmte Inseln und Uferabschnitte mit Landeverboten belegt, um Kiesbrüter zu schonen. (Ein Problem, das sich in analoger Weise auch beim alpinen Raftingsport stellt, der meines Erachtens nur durch konzessionierte Unternehmen betrieben werden sollte, die bestimmte Regeln einhalten).

Generell gilt folgende Erfahrung:

Alles abseits der Wege Anschleichende, Lauernde, ist für Wildtiere bedrohlich

- der natürliche Freißfeind ebenso wie der Jäger. Die Angst vor dem Jäger macht alle "aufrechten Zweibeiner" verdächtig (auch den einsamen Schiwanderer) und steigert die Fluchtdistanz. Stockenten, die an den Teichen städtischer Grünanlagen kaum mehr zu verscheuchen sind, seitdem sie herausgefunden haben, daß es dort Futter, aber niemals Jäger gibt, reagieren einige Kilometer weiter östlich im Nationalparkhoffnungsgebiet Donau-Auen auf jeden Menschen mit panischer Flucht. In den Donau-Auen wird derzeit noch jährlich auf Wasservögel "geballert". (Ebenso wie bis vor kurzem im "Naturschutzgebiet" Rhein-Delta).

Nicht der Tourismus macht die Wildtiere scheu, sondern der Jagddruck. Man sollte auch nie auf Wildtiere zeigen ("zielen"), sondern sie scheinbar ignorieren. Bewundernswerte "off-road"-Techniken, wie Mountain-Bike, Telemarking fern der Pisten oder Paddeln in stillen Augewässern, können für die Tierwelt verheerend sein. Wertvolle Naturräume sind leider kein Sportgerät. Es gibt ihrer schon zu wenige.

Friedenspakt mit der Natur

In Nationalparkgebieten, in denen seit Jahrzehnten kein Schuß mehr fiel, sind die Wildtiere, einschließlich der interessanten Großvögel, so vertraut, daß sie sich auf kürzeste Distanz an Besucherpfeilen zeigen. Der Europäer empfindet dies dann wie ein Stück vom Paradies - denn auch dieses wurde in der Kunst verschiedenster Epochen als reizvolle Landschaft mit Gewässerrändern, weitläufigen Wiesen und knorrigen Baumpersönlichkeiten dargestellt, zwischen denen sich die interessantesten Tiere ohne Scheu vor dem Menschen bewegen. Es stimmt dies mit jenem Phänomen sinkender Fluchtdistanz überein, daß die Fachleute als "Nationalpark-Effekte" beschreiben.

Der Einwand, die Verhältnisse in den Donau-Auen seien mit dem riesigen U.S. Nationalpark Everglades schon wegen der Größe nicht vergleichbar, hält nicht stand. Die berühmteste Attraktion der Everglades ist der nur 800 m (!) lange Schwebepfad des Anhinga Trails. Hier werden - ohne Schaden für die Natur - jährlich zigtausende Besucher für den Schutz der Feuchtgebiete begeistert.

In Europa ist die weltberühmte Gehegezone mit naturnaher Präsentation von Charaktertieren des Nationalparks Bayerischer Wald nur 2 km² groß und bindet

allein darin mehr als die Hälfte aller Besucher auf interessanten, mehrstündigen Rundwanderungen. Die Bayrische Commerzbank hat überdies 60 Stipendien für junge Naturführer(innen) gewährt, die so stark gefragt sind, daß die Nationalparkverwaltung jährlich aus 1000 Bewerbern auswählen kann.

Nationalpark - Nachhaltigkeit, seit 120 Jahren bewährt

Die Nationalparkethik bedeutet Ensembleschutz des Lebendigen um seiner selbst willen. Nationalparke bilden international die höchste Kategorie großräumigen Naturschutzes, die den Menschen dennoch nicht aussperrt. Ihr Ziel ist die Sicherung natürlicher Entwicklungsabläufe und Harmonisierung des Naturschutzes mit dem Wunsch des Zivilisationsmenschen nach Naturkontakt. Doch hat das Schutzziel Priorität. Echte Nationalparke schließen kommerzielle Trophäenjagd, gewinnorientierte Holzwirtschaft, Kraftwerksbauten, technische Erschließungen und unkontrollierten Massentourismus aus. Sie bedürfen der Anerkennung durch die IUCN (International Union for the Conservation of Nature).

In Afrikas Nationalparks, deren Mitarbeiter nicht selten ihr Leben riskieren, um jagdliche Übergriffe abzuwehren, fände Österreich wenig Verständnis mit der Erfindung weiterhin uneingeschränkt bejagter "Nationalparke" - und ebensowenig bei der IUCN - wenngleich lange Übergangsfristen und ökologisch notwendige regulatorische Eingriffe weiterhin gewährt werden.

Nationalparkwürdige Landschaften Österreichs sind vor allem die Donau-Auen östlich von Wien, die Neusiedlersee-Region, die March-Thaya-Auen, die OÖ-Kalkalpen und die Hohen Tauern Salzburgs, Kärntens und Osttirols.

International bewährt sind randliche Besucherzonen mit reizvoller Landschaft, naturkundlichen Angeboten und Möglichkeiten zur Tierbeobachtung.

Sie sind zugleich Abfangkonzepte zur Abschirmung der strengen Naturschutzgebiete (sogenannte "Kernzonen").

Der Nutzungsverzicht ist mit zwei Ausnahmen zu verstehen: Naturbezogene Erholung, sofern sie die Schutzpriorität nicht stört, und Erforschung genetischer Zukunftspotentiale. So zahlt der Pharma- und Chemiekonzern Merck freiwillig 1 Million Dollar pro Jahr an Costa Rica für die "biogenetischen Prospektionsrechte" zur Entdeckung neuer Heilmittel in den Nationalparks dieses Entwicklungslandes, das 20 % seiner Fläche unter Schutz gestellt hat.

In der Salzburger Nationalpark Gemeinde Hollersbach baut die Firma Messegue kleinflächig und chemiefrei einige ihre gehaltvollsten Heilkräuter an.

In einem mexikanischen Nationalpark wurde die Wildform Mais entdeckt - gerade rechtzeitig, um die degenerierten Kulturmaissorten durch Einkreuzung von Resistenzfaktoren gegen verheerende Pilzkrankungen zu wappnen. Dadurch wurde der Maisanbau im amerikanischen Cornbelt gerettet und weitere Milliarden Schäden abgewendet.

Der Natur zu ihrem Recht zu verhelfen, kaum mehr eingreifen, nichts entnehmen, das Netzwerk des Lebendigen nach seinen eigenen Gesetzen frei entwickeln lassen, voll Ehrfurcht beobachten, Natur in Ruhe lassen - um ihrer Selbst willen. Eine selbstlose - vielleicht die höchststehende - Ethik des Umweltschutzes. Und genau dazu ist der Mensch am wenigsten im Stande. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Technokratie - jenes totalitärsten aller Regime, die je über Mensch und Schöpfung herrschten - über alle Ideologien und Diktaturen hinweg - denn die Technokratie ist eine Ideologie für sich und sie trägt diktatorische Züge. Ihre Gehirnwäsche ist die Werbung, ihr Kult ist der Konsum, ihre Kunst die Architektur des Brutalismus, ihr Glaube ist die Machbarkeit, ihre Raubzüge heißen Wachstum, ihre Macht über Menschen wirkt nicht durch Unterdrückung, sondern durch Komfort.

Das ist das Kreuz, das jeder Nationalpark-Planer in Österreich zu tragen hat: daß vergleichsweise billiger Nutzungsverzicht zugunsten der Natur noch immer viel schwerer durchzusetzen ist als kostspielige Zerstörung und teure Umwelttechnik.

Fast alle Nationalpark-Projekte Österreichs sind Resultat eines jahrzehntelangen Kampfes. Es scheint fast ein Naturgesetz, daß die erste Generation von Nationalpark-Pionieren dabei aufgerieben wird. Aus meinen Beobachtungen am Neusiedlersee, in Osttirol und in Reichraming - vor allem aber aus den Erfahrungen mit den Donau-Auen - habe ich einen Konfuzius-Ausspruch erfunden:

"Willst Du die Menschen kennenlernen, so plane einen Nationalpark."

Nationalpark Donau-Auen Round Table-Diskussion

Moderation: Dr. Gerhard Heilingbrunner
Präsident, Umweltdachverband ÖGNU

Nationalpark Donau-Auen: Round Table-Diskussion (Zusammenfassung)

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Ich darf gleich den Herrn Bürgermeister um das Eingangsstatement ersuchen. Eine Frage wird sich sicherlich stellen: Wann gibt es den Nationalpark? Es liegt das Niederösterreichische Nationalparkgesetz als Rahmengesetz vor. Mit diesem Gesetz, das sozusagen ein schneller Entwurf ist, sind sehr viele unzufrieden, da es die IUCN-Richtlinien und viele andere Dinge nicht berücksichtigt. Wie sieht Ihre Haltung aus?

Dr. Michael HÄUPL, Bürgermeister, Wien:

Zunächst einmal sehr herzlichen Dank für die Einladung, ich bin ihr sehr gerne gefolgt. Es war ja nicht immer so einfach über den Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen - ich verwende bewußt diesen Begriff - zu diskutieren, wie das heute der Fall ist. Ich möchte daher auf all die einleitenden Dinge verzichten, die üblicherweise bei solchen Veranstaltungen gesagt werden müssen, nämlich warum jemand für den Nationalpark eintritt oder präziser formuliert, warum ich dafür eintrete, damit jedenfalls einmal der Teil Donau-Auen errichtet wird. Wir sind eigentlich von dem Zeitpunkt an, als sich dieser Vorschlag aus den verschiedensten NGO-Organisationen heraus konkretisiert hat, für diesen Nationalpark eingetreten.

Die konkrete Frage, wann dieser Nationalpark kommt, ist für mich absolut festgelegt. Es gibt einen real existierenden Vertrag zwischen dem Bund und den beiden Ländern Wien und Niederösterreich, im Jahr 1996 wird dieser Nationalpark errichtet. Es gibt darüberhinaus etwas, was zumindest gleiche Qualität haben sollte, nämlich eine Handschlagvereinbarung zwischen dem damaligen Umweltlandesrat Pröll und dem damaligen Wiener Umweltstadtrat Häupl, daß wir die Gesetze zeitgleich in die jeweiligen Landtage einbringen. Das Landesgesetz Wien ist fertig, da kann noch daran gefeilt, diskutiert werden. Wir gehen bei unserem Gesetz davon aus, daß es nicht nur die Errichtung des Wiener Teiles, was ja zugegebenermaßen ein bescheidener Anteil an der Gesamtfläche ist, beinhaltet, sondern daß wir selbstverständlich auch darüberhinaus alles tun werden und alles hineinzuschreiben haben, damit dieses Gesetz die Voraussetzungen für die IUCN-Anerkennung als Nationalpark beinhaltet.

Die wesentlichste Aufgabe, die wir jetzt haben, und worum ich meine Mitarbeiter in Wien unter der Federführung des noch im Urlaub weilenden Umweltstadtrates Svihalek gebeten habe, ist, daß man mit einer Konzeption für diesen Nationalpark beginnt, um mit einer Nationalparkbetriebsgesellschaft, die nach sehr klaren Richtlinien zu arbeiten hat, in der Zeit nach dem Ende des Vertrages mit der Marchfeldgesellschaft relativ nahtlos anschließen zu können. Es geht nicht darum, daß eine Betriebsgesellschaft de facto Eigentümerrechte übernimmt, so wird das mit Sicherheit weder in Niederösterreich noch in Wien durchsetzbar sein. Aber es muß ganz klare Richtlinien geben, damit diese Betriebsgesellschaft verantwortlich ist für die Kontrolle, daß diese Richtlinien dann von jenen durchgesetzt werden, die sich im Detail darum zu kümmern haben. Darüberhinaus soll auf der einen Seite - ich sage das im weitesten Sinn in einem sehr alten Begriff - die Volksbildung, auf der anderen Seite die wissenschaftliche Forschung angebunden sein. Ich halte es für beide Bereiche für unendlich wichtig, daß man sich das Wissen und die Erfahrung, die die Marchfeldbetriebsgesellschaft in der Zeit ihrer Tätigkeit bisher erworben hat, auch für die Zukunft zunutze macht. Ich trete nicht dafür ein, daß es aus irgendwelchen Gründen, die in der Vergangenheit liegen, zu Ausgrenzungen kommt. Ich meine, daß gerade in der reinen Sacharbeit gute Arbeit geleistet wurde. In der Frage der pädagogisch-didaktischen Vermittlung kann man sicher unterschiedlicher Meinung sein, da haben auch der Herr Doktor Christian und ich gelegentlich unsere Diskussionen gehabt. Das ist heute zurückzustellen.

Sehr konkret gesagt, wenn wir mit dieser konzeptionellen Arbeit, wenn wir mit der Erstellung einer neuen Gesellschaft, einer Betriebsgesellschaft für den Nationalpark, mit den Richtlinien fertig sind, bin ich vollkommen überzeugt davon, daß die Gesetze ganz, ganz rasch eingebracht werden können. Wir werden das auf jeden Fall einhalten. Ich habe immer gesagt, wir werden in Wien allein keinen Nationalpark errichten, denn das wäre ein Bonsai-Nationalpark. Deswegen auch die Vereinbarung mit Niederösterreich, daß wir das zeitgleich tun. Aber Verzögerungen werde ich auch nicht mehr hinnehmen. Ich habe den Nationalpark Donau-Auen von seiner Geburtsstunde, von seiner intellektuellen Geburtsstunde an miterlebt. Ich habe immer gesagt, 1996 wird es einen Nationalpark geben, wir werden als Wiener jedenfalls diese Vorstellungen einhalten. Schweren Herzens, weil ich den gesamten Nationalpark will, aber wir werden es trotzdem tun.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Danke, Herr Bürgermeister, für die doch sehr klaren Worte. Es muß in dieser Frage doch irgendein Problem zwischen Wien und Niederösterreich gegeben haben, nachdem jetzt Niederösterreich ein Rahmengesetz vorgelegt hat.

Herr Klubobmann Dr. Bauer, es liegt also das Rahmengesetz vor. Die Begutachtung läuft bis 20. September. Wie schaut der Zeitplan in Niederösterreich aus? Gibt es schon einen fixen Zeitplan? Es handelt sich ja um ein Rahmengesetz. Ist man da in Niederösterreich noch flexibel genug, daß man auch auf die Wünsche Wiens und der NGOs eingeht, oder will man den Weg in Niederösterreich, den man jetzt eingeschlagen hat, weitergehen?

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, ich kann lückenlos anschließen. Wir alle wollen den Nationalpark in Niederösterreich zeitlich besonders rasch. Das heißt, wenn vielleicht vom atmosphärischen her diese übereinstimmende Einbringung hier kritisch angemerkt wurde, dann meine ich, die Gespräche liefen sehr gut, liefen über viele Jahre, und ich glaube, es ist Zeit, daß man zu einer Konkretisierung kommt.

Es gibt gewisse Mißverständnisse zum Nationalparkgesetz, das eingebracht wurde. Wir brauchen in Niederösterreich deshalb ein Rahmengesetz, weil wir in Niederösterreich nicht über einen Nationalpark reden, sondern unter Umständen über mehrere Nationalparks. Es ist konkret das Thayatal angestrebt, es könnte genausogut einmal die Region Ötischerland oder Rax-Schneeberg sein, so daß wir davon auszugehen haben, daß wir ein Rahmengesetz beschließen wollen, das selbstverständlich lediglich der Ansatzpunkt ist zu einer Verordnung, die letztlich dann die Konkretisierung des Nationalparks beinhaltet.

Das ist unser Ansatz und ich möchte da wirklich hinzufügen, dieser Ansatz erscheint mir deshalb für sehr wichtig, weil er jetzt im Herbst als Gesetz beschlossen werden soll. Wir gehen auch davon aus, daß sozusagen in der Millenniumsfeier 1996 wir uns selber einen Nationalpark schenken. Die Voraussetzungen sind hier gegeben und ich gehe auch mit meinem Kollegen Häupl konform, daß wir sehr rasch eine Nationalparkgesellschaft zu gründen haben, damit kein Zeitverlust eintritt, damit die Verunsicherung - wer betreut was -, die jetzt herrscht, beseitigt wird. Diese Nationalparkgesellschaft muß ein einheitlicher Wirkungsbereich sein, wenngleich die Durchführung der

Maßnahmen dann durchaus dezentral erfolgen kann, sei es über die Bundesforste, sei es über die MA 49, das ist nicht das Problem. Aber es muß die einheitliche Führung gewährleistet sein und daher muß es jetzt sehr rasch zu der Gründung dieser Nationalparkgesellschaft kommen. Ideal wäre es, wenn das im Oktober oder November entschieden wird, so daß lückenlos weitergearbeitet werden kann.

Da gibt es immer die Frage, die ich mit vielen Organisationen und auch Freunden diskutiert habe: Warum steht das eine oder andere nicht drinnen, warum wurde das zum Beispiel nicht verlangt? Für mich muß es natürlich Sache des jeweiligen Nationalparkbetreibers sein, in welcher Stufe er sein Konzept verwirklicht haben möchte, so daß es nicht vom Rahmengesetz abhängt, sondern von den jeweiligen Betreibern, was in der Ausformung und in der Verordnung und in dem, was als Zielsetzung verankert ist, zum Ausdruck kommt. Ich glaube auch, daß mit dem Beschluß noch nicht der Nationalpark de facto besteht, sondern daß die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß von Jahr zu Jahr es mehr Nationalpark wird. In diesem Sinn haben wir unser Rahmengesetz eingereicht und mit der Stadt Wien über alle diese Schritte mit dem Kollegen Svihalek gesprochen. Wenn der Fahrplan stimmt, können wir beide das landtagsmäßig in diesem Herbst beschließen. Ich gehe davon aus, daß niemand einen Nationalpark nur für Niederösterreich oder für Wien will, sondern daß das, wie im Vertrag vorgesehen, ein gemeinsamer Nationalpark unter einheitlicher Leitung sein wird.

Wenn die Ansätze vielleicht manches Mal unterschiedlich erscheinen, die Zielsetzung ist, 1996 einen Nationalpark zu haben.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Danke, Dr. Bauer. Seit Jahren wurde im Rahmen der Nationalparkplanung geplant. Chef der Planung war Dr. Reinhold Christian. Was ist in der verbleibenden Zeit noch zu tun und wie schaut sozusagen die weitere Arbeit des Teams aus?

Dr. Reinhold CHRISTIAN, Nationalparkplanung Donau-Auen:

Ich darf vielleicht zuerst noch sagen, was wir bisher getan haben. Wir haben seit rund fünf Jahren den Planungsauftrag Nationalpark Donau-Auen von höchster Stelle - durch einen 15a Vertrag zu Grunde gelegt zwischen dem Bund und den beiden Ländern Wien und Niederösterreich. Wir haben die

fünf Jahre auftragsgemäß genutzt, auf der einen Seite IUCN-konform zu planen, nach strengen, internationalen Richtlinien vorzugehen, auf der anderen Seite alles in engster Zusammenarbeit mit der örtlichen Bevölkerung und entsprechender Bürgerbeteiligung auszuarbeiten. Das Konzept liegt seit rund zwei Jahren vor. In der letzten Zeit hatten wir einzelne Fachfragen vertiefend zu behandeln, haben aber auch die Möglichkeit gehabt, erste Maßnahmen in natura zu setzen. Es ist ein Gewässervernetzungsprojekt in der Vorbereitung sehr weit gediehen, wasserrechtlich abgehandelt, es gibt Verträge für Naturschutz in den Donau-Auen, Waldumbau, Wiesenschutzverträge und dergleichen mehr. Wir haben in dieser Phase erkannt, daß die Gratwanderung strenger Naturschutz, aber Bürgerwünsche berücksichtigen, dann leichter wird, wenn man konkret zeigen kann, wie es geht, wenn man konkrete Maßnahmen setzen kann. Ich glaube, daß stimmungsmäßig im letzten Jahr sich doch einiges verbessert hat und das zeigt sich auch in den Aktivitäten der Bürgerinitiativen, wobei ich mich sehr freue, daß heute sehr viele von der Plattform pro Nationalpark Donau-Auen, die in den letzten Tagen ja verstärkt aufgetreten ist, da sind.

Die Konzeptentwicklung ist abgeschlossen, es liegt eine Variante vor, die tatsächlich fachlich einwandfrei 1996 verwirklicht werden kann. Wir sind derzeit dabei, den Schlußbericht über unsere Tätigkeit 1994/1995 endzuredigieren. Es gibt eine Reihe von Arbeitsgruppen, in denen wir mit der Beamtenschaft und mit Wissenschaftlern letzte Hand anlegen, um den Bericht über die Maßnahmen und die letzten Forschungsfragen hier abzuschließen.

Wie es weitergeht, um den letzten Teil Deiner Frage noch zu behandeln, das wissen wir derzeit nicht. Ich habe mich deshalb sehr gefreut, von den beiden Politikern, Spitzenpolitikern aus Wien und Niederösterreich zu hören, daß das Know-how genutzt werden soll und daß durch die rasche Gründung einer Vorbereitungsgesellschaft oder Nationalparkgesellschaft lückenlos weitergearbeitet werden soll. Der rechtliche Status bei uns ist derzeit so, daß wir nicht wissen, was ab Jänner geschieht. Unser Vertrag läuft mit Jahresende aus. Heute habe ich gehört, daß auf dieses Know-how nicht verzichtet werden soll. Ich sage vielleicht noch in Klammer dazu, wir sind durchaus gewohnt, Schwierigkeiten zu haben. Wir, das ist ein sehr kleines Team, das den Nationalpark plant, das mit sehr vielen Instanzen und Institutionen zusammenzuarbeiten hat und das mit sehr mächtigen Lobbys konfrontiert ist. Es ist nicht neu, daß wir ein wenig ungewiß in die Zukunft schauen, aber es ist

jetzt doch ein sehr dramatischer Punkt. Es wäre doch etwas skurril, wenn man in dieser Phase, wo die höchste Politik sagt, jetzt wollen wir einen Nationalpark Donau-Auen und den sollen wir Österreicher uns zum Millennium schenken, also kurz vor dem Ziel sagt, jetzt lösen wir das Planungsteam auf. Insofern ist meine Vision durch die beiden Einleitungsstatements aufgehellt worden, was unsere zukünftige Tätigkeit betrifft, ohne den Inhalt genauer definieren zu können.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Christian Baumgartner, die Naturfreundejugend war eine der Organisationen, die jahrelang für diesen Nationalpark gekämpft hat. Was wünscht sich oder was will die Naturfreundejugend weiter bei der Verwaltung des Nationalparks? Welche Vorstellungen gibt es letzten Endes mitzuwirken? Es hat ja nicht Sinn nur zu kämpfen, ohne dann entsprechend mitzuwirken. Welche Wünsche gibt es an die Gesetzgebung?

DI Christian BAUMGARTNER, Naturfreundejugend Österreich:

So optimistisch sind wir im Moment noch nicht. Momentan ist unsere Aufgabe eher noch einmal den Weg zum Nationalpark und zu einem konkreten Nationalparkgesetz zu ebnen. Auch wenn wir jetzt gehört haben, daß dieses Rahmengesetz vielleicht nur der erste Ansatz ist, denke ich, es kann doch nicht der Weisheit letzter Schluß sein, ein Rahmengesetz zu haben, das die IUCN-Kriterien nicht einmal als Soll-Bestimmung aufnimmt, ein Rahmengesetz zu haben, das Nutzungen in der Kernzone gestattet, die im Naturschutzgebiet nicht gestattet werden und folgerichtig sogar ein Kraftwerk in der Kernzone ermöglichen würde. Es kann auch nicht das Gelbe vom Ei sein, und das ist uns in den nächsten Diskussionen sehr wichtig, sämtliche Umweltorganisationen, sämtliche NGOs de facto aus allen Nationalparkgremien auszuschließen. Wenn in der Diskussion meistens ein Argument kommt, das heute noch nicht gefallen ist, man will die Zustimmung der Bevölkerung vor Ort für dieses Nationalparkgesetz haben und deswegen haben wir erst ein Rahmengesetz und noch kein konkretes Gesetz, so hat dieses Argument einen Haken. Ich denke, man kann jetzt kaum mit einem sehr vagen Gesetz hinausgehen zu den Leuten, mit ihnen reden und die Zustimmung zu irgend etwas holen, von dem keiner weiß, was es genau ist, und in einem halben Jahr mit einer Verordnung kommen und dann den Leuten

sagen, was sie jetzt eigentlich im Nationalpark dürfen oder nicht dürfen. Dahingehend ist unsere derzeitige Bemühung zu sehen, politische Überzeugungsarbeit vor Ort und in den politischen Gremien zu leisten. Nationalpark heißt auch Nationalparkregion, die über die Grenzen der Kern- und der Außenzone hinausgeht, und es ist notwendig, hier für diese Nationalparkregion Konzepte zu machen. Es wird einen steigenden Tourismus geben, mit oder ohne Nationalpark, es ist notwendig hier mit der Bevölkerung vor Ort Leitbilder zu entwickeln. Die Naturfreunde, die Naturfreundejugend könnte hier, aufgrund der Erfahrungen, die in anderen Gebieten in Österreich gemacht wurden, sehr wohl eine Moderation übernehmen, Diskussionen in Gang bringen.

Zuletzt ein Punkt, vielleicht nach Utopie klingend, aber es ist eine alte Forderung und ich möchte diese Forderung hier wiederholen. Es geht uns eigentlich nicht um einen Nationalpark Donau-Auen, es geht uns eigentlich immer noch um einen Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen, weil die Gebiete an der March und an der unteren Thaya mindestens so nationalparkwürdig sind, wie die Gebiete, über die wir hier momentan sprechen.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Für das erste einmal so weit am Podium. Bitte, meine Damen und Herren, Ihre Fragen.

N. N.:

Ich bin von der Plattform pro Nationalpark und ich würde gerne, speziell vom Herrn Klubobmann Bauer, wissen, was wird mit den laufenden Projekten. Wir wünschen uns, falls das Rahmengesetz wirklich kommen sollte, daß wir, die Bevölkerung vor Ort, bei den Verordnungen mitarbeiten dürfen.

N. N.:

Bürgerinitiative Rettet die Donau-March-Thaya-Auen. Ich möchte an die Herren am Podium zwei Vorschläge unterbreiten. Es ist heute überhaupt noch nicht über das Trinkwasser geredet worden. Wir haben hier an der Donau die größten Wasserreserven Mitteleuropas. Wir geben auch von Schönau, das liegt an der Donau bei Groß Enzersdorf, für 300.000 Wiener das gesunde, nitratfreie Trinkwasser. Das wäre einmal das erste. Bitte betonen Sie immer, wenn Sie den Nationalpark Donau-Auen wollen, es geht auch der große Kampf um das gesunde Trinkwasser los.

N. N.:

Sehr geehrter Herr Doktor Häupl, sehr geehrter Herr Doktor Bauer! Sie haben vorhin erwähnt, daß die fachliche Planung wirklich hervorragend ist. Die bisherige Planung wurde von Leuten durchgeführt, die sehr engagiert gearbeitet haben. Wenn Sie vorhin von einer Kontinuität gesprochen haben, wird auch vor Ort erwartet, daß die Leute, die bisher für die Verträge und mit den Leuten gesprochen haben, fünf Jahre lang diskutiert haben, in Gasthäusern, bei Veranstaltungen, daß die Leute auch weiter für die Personen vor Ort, für die lokale Bevölkerung vorhanden sind. Weiters, die fachliche Planung, von der Sie gesprochen haben, kann mit dem bestehenden Nationalparkrahmengesetz in keiner Weise umgesetzt werden. Die lokale Bevölkerung ist in diesem Rahmengesetz auch in keiner Weise berücksichtigt worden.

Vielleicht kann Herr Dr. Christian noch kurz sagen, wie die Planung berücksichtigt worden ist.

N. N.:

Ich habe zwei konkrete Fragen: In Niederösterreich liegt jetzt das Gesetz vor, Herr Bürgermeister, wann können wir, ich frage das als NGO, uns auch über das Wiener Gesetz begeben und dort eine Stellungnahme abgeben. Zweite Frage: Es macht ja eigentlich nur Sinn, wenn es in Niederösterreich und in Wien ein gleichlautendes - vom Inhalt her jedenfalls - Nationalparkgesetz gibt. Das war auch immer die Absicht der Auftraggeber beziehungsweise von Bund und den beiden Ländern in den 15a Verträgen. Wie stellt man sich das jetzt vor? Es gibt also ein Rahmengesetz, das ist eine gewisse Vorgabe. Wien wird jetzt doch irgendwann ein Gesetz präsentieren müssen, kommt es da zu einem Abgleich? Wie soll das vonstatten gehen?

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Herr Bürgermeister, bitte.

Dr. Michael HÄUPL, Bürgermeister, Wien:

Die Frage betrifft ja die Forderung nach einer de facto eins zu eins Übernahme des Teams, das ja die Planung gemacht hat, in eine Betriebsgesellschaft. Das ist eine Frage, die ich heute und hier seriöserweise nicht beantworten kann. Denn es geht bei dem Betrieb eines Nationalparks natürlich auch um andere Fragestellungen als bei der Forschung und bei der Planung. Es geht bei dem

Betrieb eines Nationalparks nicht mehr so sehr um die Werbung, sondern da geht es dann um wesentliche Fragen etwa der Volksbildung, der Anbindung der Forschung, nicht zuletzt auch der ökonomischen Fragen. Ich sage auch schon jetzt: So einfach wird das nicht sein, wie das zur Zeit diskutiert wird, daß man Nutzungsabteilungen für die Bundesforste macht, aber über die Wiener Wälder redet man kein Wort. Das sage ich nur einmal dazu, denn auch bei der heute vormittag stattfindenden Pressekonferenz ist das in dieser Form wiederholt worden. Es gibt auch einen ökonomischen Faktor dabei, der zu berücksichtigen ist. Ich werde mich mit Sicherheit dafür einsetzen, daß das Know-how, das es gerade auch in den Planungsbereichen gibt, erhalten bleibt, aber ich werde mich mit Sicherheit nicht beim einzelnen Detailmitarbeiter in der Betriebsgesellschaft einmischen, das ist auch nicht mein Job.

Zweitens, zur Struktur. Ich bin dafür, daß gerade diese Nationalparkbetriebsgesellschaft auch eine sehr, wie ist das moderne Wort jetzt dafür - schlanke - Verwaltung hat, das heißt, daß die Richtlinien klar und einfach auszuarbeiten sind, aus meiner Sicht selbstverständlich auf Basis der internationalen Anerkennung. Darüberhinaus sollen Leute, die sich um die Fragen der generellen Ökonomie, die sich um die Fragen der - ich bleibe jetzt bei dem Begriff - Volksbildung bemühen und natürlich auch bei der Forschungs-koordination verbleiben. Sie sollen nicht die Verwaltung im engeren Sinn dieses Gebiet übernehmen, dafür gibt es hinreichend Leute, die das tun.

Ich bin auch vollkommen überzeugt davon, daß man mit dieser Spielerei die Bundesforste, die Stadt Wien unter Druck setzen kann, will oder sonst etwas. Aber ich wünsche jetzt schon jedem, der mit diesem Gedanken spielt, viel Vergnügen, er möge darüber nachdenken, wie er das dann mit den Privaten macht, wie er dort in der Diskussion entsprechend über die Runden kommt. Dort spielt sich ja auch noch einiges ab.

Das Podium hier ist liebenswürdig, nur es ist falsch zusammengesetzt. Ich treffe doch allemal Leute, die zu mir kommen, wie zum Beispiel vor nicht allzu langer Zeit eine Delegation von Bauern, die bei mir vorgesprochen hat, die ganz andere Ansichten vertreten als wahrscheinlich 100% der hier im Saal Anwesenden. Ich denke, daß man bei solchen Diskussionen - auch hier - Leute einbinden sollte, die zum Beispiel nicht für den Nationalpark sind.

Ich diskutiere ganz offen nach dem vielleicht biblischen Grundsatz, daß die Wiedergewinnung eines Schäfchens, eines verlorenen, lieber ist als die hundert Gerechten, natürlich sehr gerne mit Leuten, die meinen, gegen den

Nationalpark sein zu müssen, weil es natürlich eine ganz andere Herausforderung für mich darstellt. Gerade von meiner grundsätzlichen und, wie ich meine, auch begründeten Haltung aus gesehen.

Um die Frage nach dem Gesetz zu beantworten, sage ich noch einmal, das ist nicht das wichtigste, aber man hat es sich offensichtlich auch hier zur Aufgabe gesetzt, es in den Vordergrund zu stellen. Sie können das Gesetz mit Sicherheit in diesem Herbst noch bekommen, es anschauen. Beschließen werden wir es im Wiener Landtag jedenfalls spätestens bei der Landtagssitzung im Juni 1996.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Vielen Dank, Herr Bürgermeister, für diese klaren Worte, für den klar festgelegten Termin. Herr Klubobmann, es haben sich viele NGOs die Mühe gemacht, das niederösterreichische Rahmengesetz genau durchzuschauen, die Stellungnahmen werden demnächst präsentiert, es wird wahrscheinlich da kein Stein über dem anderen bleiben. Wie schaut die Einbindung dieser Organisationen im Gesetzwerdungsprozeß aus, hat man sich da schon Gedanken gemacht?

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Zuerst einmal: Niederösterreich wird immer so hingestellt, als würden dort die Bremser sitzen. Wir wollten durch die Vorlage eines Nationalparkgesetzes eine Beschleunigung erreichen. Die Beschleunigung ist natürlich auch deshalb gegeben, weil in dieser Begutachtungsphase viele gute Anregungen kommen. Wir haben auf einige sofort reagiert, zum Beispiel auf die stärkere Einbindung von entsprechenden Institutionen oder NGOs. Wir werden auch sehr ausführlich mit all den Einwänden, Vorschlägen umgehen und sie diskutieren. Es soll bis zur Beschlußfassung eine offene Diskussion sein.

Allerdings, als einer der seinerzeit 1983 für das Thayatal Unterschriften sammeln gegangen ist, 1985 das Landschaftsschutzgebiet in das Naturschutzgebiet überleiten konnte, weiß ich auch über Akzeptanzprobleme Bescheid. Wenn ich das Thayatal hernehme, ist das nicht immer nur mit Geld abzugelten. Auch wenn man bereit ist, relativ viel zu geben, bestehen hier oft grundsätzliche Gegnerschaften. Das bedeutet, daß man sehr viele Argumentationen, die nicht im geldigen Bereich liegen, anwenden muß. Ich hoffe, daß es auch dort gelingt, damit dieses geschlossene Thaya-March-Donau-Gebiet geschaffen werden kann.

Wir wissen sehr viel über die Notwendigkeit von Studien, ich habe auch sehr deutlich gesagt, wir haben schon so viele Studien, daß schon fast jeder seine eigene Dissertation schreiben kann. Die politische Entscheidung kann getroffen werden. Von dieser politischen Entscheidung kann man sich auch letztlich nicht distanzieren, wir wollen das auch nicht. Wir haben das auch dem Bund gegenüber sehr klar geäußert. Wir haben auch über die Finanzierungsfragen und die Verteilung gesprochen.

Was die Personalfragen betrifft, da schließe ich mich Häupl an, das ist nicht das Forum, in dem man das jetzt diskutieren kann. Die Arbeit, die hier geleistet wurde, ist anerkannt. Ich möchte noch hinzufügen, daß man letztlich davon ausgehen muß, es war eine befristete Beauftragung, das Problem zu untersuchen und darzustellen. Das heißt, daß jetzt letztlich aus dieser Befristung durch die Schaffung einer Nationalparkgesellschaft etwas werden soll oder wird, das nicht befristet ist. Da gibt es neue Verteilungen. Tatsache ist, ohne auf das Wissen zu verzichten, es gibt eine neue Beauftragung. Wer jetzt einmal der Chef dieser Nationalparkgesellschaft werden wird, das kann ich mit bestem Willen nicht beantworten.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Es sind noch einige Fragen offen geblieben. Ich möchte es zusammenfassen unter dem Reparaturwillen des vorliegenden niederösterreichischen Gesetzes, sonst hat ja ein Begutachtungsverfahren keinen Sinn.

Wie weit geht dieser Wille, Änderungen in dem vorliegenden Gesetz vorzunehmen? Ich sage ganz konkret, die Frage IUCN-Kriterien aufzunehmen, eine gewisse Abgleichung mit der Stadt Wien vorzunehmen, und das dritte, es wurde jetzt schon ein Termin von Seiten Wien genannt, kann man von Ihrer Seite auch einen Termin nennen, und die NGO-Beteiligung?

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Ich habe konkret gesagt, daß wir versuchen wollen, es heuer noch zu beschließen, es kann auch im ersten Quartal 1996 sein, der Fahrplan lautet aber heuer.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Und die Verordnung?

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Ich rede immer von dem Rahmengesetz, nicht von der Verordnung, die ja dann daraus zu resultieren hat.

Zum zweiten, die Abstimmung mit Wien. Es ist selbstverständlich, daß wir uns mit den Wiener Freunden abstimmen und daß das alles mit berücksichtigt wird, soweit eben hier diese grundsätzliche Regelung auch von Seiten Wiens akzeptiert werden kann. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Verankerung nicht im Rahmengesetz erforderlich ist, sondern in der jeweiligen Betreibergesellschaft festzulegen ist, ob diese Anerkennung der IUCN-Regelung angestrebt wird.

Das ist bitte ein juristischer Standpunkt. Es kann doch sein, daß ein Nationalpark unter Umständen diese Verankerung von sich aus nicht will, aber trotzdem als Nationalpark anerkannt werden möchte.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Machen Sie das dann auch, wenn das Umweltministerium zum Beispiel kein Geld zur Verfügung stellt, weil keine IUCN-Anerkennung grundsätzlich möglich ist?

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Es gibt ja Gebiete, die vielleicht von der Größenfiguration diese Anerkennung nicht bekommen und vielleicht doch sehr schützenswert sind. So daß ich durchaus der Auffassung bin, daß in concreto diese Anerkennung angestrebt wird, aber in Niederösterreich durchaus etwas als Nationalpark entstehen kann, der das von sich aus vielleicht gar nicht anstreben will. Daher haben wir darauf verzichtet. Genauso wie da immer gesagt wird, die Kernzonen. Weil in den Kernzonen soviel geschehen darf. Ich glaube, niemand hat hier vielleicht bemerkt, daß wir die Sonderschutzzone haben, die - vielleicht ist es eine Definitionssache - Kernzonencharakter hat. Das ist vielleicht etwas, das nicht klar genug erklärt wurde. Für uns ist die Kernzone etwas anders definiert als im üblichen Sinne, dafür haben wir eben die Sonderschutzzone. Was die Trinkwasserreserven und alles andere betrifft, da gibt es Studien und Unterlagen, das wird Dr. Christian ja noch beantworten. Ich glaube, das ist eine wichtige Frage, die wir miteinzubeziehen haben.

Univ. Prof. Dr. Bernd LÖTSCH, Generaldirektor, Naturhistorisches Museum:
Für mich ist dieses Rahmengesetz zunächst ein Ausdruck dafür, daß man in Niederösterreich den Nationalpark will und doch nicht will. Es ist ein Naturgesetz, daß die Pioniere für irgendeinen Nationalpark in der Regel aufgerieben werden. Die erste Generation von Nationalparkvorkämpfern wird aufgerieben, aber in Niederösterreich ist es ja schon die dritte, meiner Rechnung nach, und die mangelnde Akzeptanz der Bevölkerung war eigentlich bei fast jeder europäischen Nationalparkgründung. Beim Abruzzen-Nationalpark mußte der designierte Verwalter wegen des Widerstandes der Bevölkerung seine Familie in eine andere Stadt evakuieren, weil es zu gefährlich war. Jetzt herrschen doch eigentlich in den Donau-Auen besonders gute Verhältnisse für einen Nationalpark und eine Akzeptanz. Erstens: es gibt ja kaum Bauernland im designierten Nationalparkgebiet. Den Bauern wird ja überhaupt kein Haar gekrümmt, die kriegen ihre Pachtverträge für ein paar Wiesen und sonst haben sie im Nationalpark ja eigentlich nichts zu tun. Sie kriegen ihre Selbstwerbung für ein wenig Brennholz, das haben sie immer gehabt, das ist ihnen schon seit der Ökologiekommission zugestanden. Es ist schon so, daß in Niederösterreich eine merkwürdige Liaison war von Kraftwerksbefürwortern, EVN-Funktionären, Agrarfunktionären; auch in den Bundesforsten hat es einfach diese Existenzängste gegeben, daß man den Förster durch einen Nationalpark überflüssig machen würde. Aus dieser Melange ist eine Stimmung entstanden, die dann an diversen Stammtischen zu einer raschen Meinungsbildung geführt hat. Ich höre immer wieder die selben Argumente und die Resistenz gegen gute Gegenargumente ist ungeheuerlich. Wieso ist es möglich gewesen, in einem intensiv genutzten Bauernland, wie im Seewinkel, einen Nationalpark zu machen? Dort war das viel, viel schwieriger. Was glauben Sie, was das für eine Stimmung war. Ich habe das ja miterlebt. Oder auch in den Hohen Tauern, die Tiroler sind ja nicht zimperlich oder die Salzburger, das war ja dort lebensgefährlich für einen Nationalparkplaner. Das hat sich ausräumen lassen. Warum? Weil im richtigen Augenblick die Landesförderung gekommen ist und doch Entschädigung und Geld gebracht hat. Im Neusiedlersee-Gebiet, nachdem der politische Wille plötzlich da war, wenn da ein Bauer den Mund aufgerissen hat gegen den Nationalpark, hat man ihn mit Banknoten vollgestopft und es war Ruhe. Heute sind alle zufrieden. In Niederösterreich läßt man die Planer im Regen stehen und schickt sie eigentlich sterben. Das kann ich eigentlich wirklich nicht verstehen, wie man heutzutage, wie wir da wagen

können zu sagen, wir machen unseren eigenen Nationalpark, wir brauchen das Internationale nicht, wo wir uns allen möglichen Brüssler Verträgen beugen. Das ist so, wie wenn ich eine Nationalmannschaft für Fußball zu einer Weltmeisterschaft schicke und sage, wir spielen mit zwölf Leuten, wir halten uns nicht an die Bestimmungen. Oder wenn ich sage, in Niederösterreich ist ein Viersternhotel kein international anerkanntes Viersternhotel. Ich möchte jetzt wirklich wissen, was dagegen spricht, daß man jetzt einen ordentlichen IUCN-konformen Nationalpark einrichtet? Die Bundesforste haben meine Unterstützung, wenn sie sagen, wir haben dort zwölf Leute ständig beschäftigt, bitte, diese zwölf Leute, die in diesem Gebiet seit Jahren arbeiten, die wird man doch in einem gut geführten Nationalpark nutzbringend einsetzen können. Ein gut geführter Nationalpark braucht viel mehr geschultes Personal als ein hochrationalisierter Forstbetrieb. Aber niemand sagt, bitte wir wollen die Bundesförster. Man kann hier Rotationen machen, es gibt im Rahmen der Bundesförster viele, die wären hier glücklich, die würden das als ihr Lebensziel erachten, in einem Nationalpark zu arbeiten. Man soll aber hier niemanden zwingen.

Das zweite ist, wie macht man denn einen Nationalparkbeirat, der alles beschließen soll, was die Nationalparkverwaltung tun soll und da sind drinnen zwei Jägervertreter, zwei Fischervertreter, ja das ist so ähnlich, wie wenn ich eine großräumige Fußgängerzone organisiere und es reden nur die Leute vom ÖAMTC. Man kann ja nicht just genau die Gegenkräfte als einzige Entscheidende hineinnehmen.

Was ich eigentlich sagen will, das Land Niederösterreich soll Farbe zeigen, zwar soll es jetzt einmal ein paar Flächen sichern, bitte Niederösterreich redet immer groß von der Kompetenz, die es hat im Naturschutz und im Nationalpark, und hat nicht einmal einen Quadratmeter im Schutzgebiet. Warum schickt man den Bettelorden der Naturschützer jahrelang für einen Nationalpark sammeln, der eigentlich die Kompetenz Niederösterreichs ist. Ohne den WWF Schutzkauf würden wir schön ausschauen. Ich meine, wir sollten jetzt doch endlich einmal eine Tat setzen, pachten Sie bitte einmal einen Teil der Petroneller Au für eine Besucherzone. Dort gibt es eine Reiherkolonie, dort kann man ein Gehege machen, dort kann man die Erwartungshaltung der Bevölkerung an einen Nationalpark erfüllen und damit dem Rest des Gebietes seine heilige Ruhe verschaffen. Entschuldigung, daß ich jetzt explodiert bin. Danke.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Es ist die Nationalparkplanung sehr oft angesprochen worden, Dr. Christian.

Dr. Reinhold CHRISTIAN, Nationalparkplanung Donau-Auen:

Danke, nach fünf Jahren Planung hat man natürlich auch komplizierte Fragen ausreichend und mehrfach durchleuchtet und auch argumentativ durchgehen können. Deshalb sind wir froh und glücklich gewesen, daß wir endlich im fünften Jahr dieser Planungsphase in der Lage waren, erste, kleine Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes anzubieten. Da haben wir die Erfahrung gemacht, daß sich das in der Region sehr positiv auswirkt und daß es auch in Bevölkerungsgruppen, die lange Zeit sehr skeptisch waren, dadurch geradezu sprunghaft zu einer Steigerung der Gesprächsbereitschaft kommt. Es wäre daher schade, wenn diese Projekte nicht weitergeführt würden, weil eben jetzt Unklarheit besteht, in welcher Form überhaupt die Sache weiterzuführen wäre. Zur Trinkwasserfrage: Wir sind dabei, eine Studie abzuschließen, die definiert, auf welche Weise Trinkwasser nach den ökologischen Vorgaben des Wasserrechts und des Forstrechts entnommen werden könnte und was an Unterschieden zu definieren ist, wenn man nationalparkkonform entnehmen möchte. Punkt eins, das immer wieder verkündete Gerücht, im Nationalpark nach IUCN-Anerkennung wären Trinkwasserentnahmen nicht möglich, ist falsch und entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Punkt zwei, wir haben auch die Mengen betrachtet. Es wird sich herausstellen, daß im Bereich der Donau-Auen nationalparkkonform Trinkwasser in Mengen entnommen werden kann, die weit über jeden erkennbaren Bedarf der nächsten Jahrzehnte hinausreichen. Der örtliche Bedarf ist sehr weitreichend gesichert, denn eines ist klar, die Sicherung der Trinkwasserreserven, um sie dann nicht zu nutzen, würde den ganzen Wert in Frage stellen. Wir haben das zu überprüfen gehabt und das Ergebnis ist eindeutig, daß die Entnahmemöglichkeit auch nationalparkkonform über den regionalen Bedarf weit hinausreicht.

Zur schlanken Verwaltung noch ein Wort: Es ist klar, daß eine 1:1-Übernahme in eine gemeinsame Betreibergesellschaft eher der Ausnahmefall wäre, aber zwischen 100% und 0% gibt es eine gewisse Bandbreite. Es ist ja nicht so, daß alle Leute, die bei uns mitarbeiten, darauf angewiesen sind, unbedingt übernommen zu werden. Es wäre aber aus meiner Sicht sehr schade, wenn wir hier Know-how, das sich immer auch in Personen ausdrückt, verlieren würden. Ich bin froh, wenn hier rasch verhandelt werden kann.

Wir haben nachträglich, nach diesem Bericht, der seit zwei Jahren vorliegt, im Auftrag von Landesrat Blochberger und Landesrat Wagner ein Modell einer schlanken, einer besonders schlanken Verwaltung entwickelt. Da gibt es eine kleine Geschäftsstelle, die arbeitet mit externen Partnern und macht im wesentlichen die Vorgaben und die Kontrollen. Große externe Partner wären in diesem Fall natürlich die Forstverwaltungen, die das Naturraummanagement machen, die Teile der Besucherbetreuung übernehmen und, und, und. Schlanke Verwaltung heißt, daß es zum Beispiel jetzt in diesem Naturraumbereich wesentlich mehr Leute gibt, die hier berufstätig sind, als im Minimalbedarf eines Nationalparks mit dieser schlanken Struktur notwendig sind. Das ist dann eine politische Entscheidung, wie geht man um mit dem Personal, wer möchte mittun, wer möchte sowieso nicht mittun, das wird also die Zukunft weisen. Es gibt beide Modelle, eines mit totaler Integration aller, die jetzt hier beschäftigt sind, seien es Forste der Stadt Wien, seien es Bundesforste und Private oder das andere, wo man sagt, die knappen Kassen diktieren, man muß minimieren.

Im derzeitigen Rahmengesetz ist unser Nationalparkkonzept nicht berücksichtigt, da es ein Rahmengesetz ist, das für mehrere niederrösterreichische Nationalparks herangezogen werden kann. Herr Doktor Bauer hat sicher keine Verteidigung oder Inschutznahme meinerseits notwendig, aber ich möchte schon anmerken, daß wir bei einem anderen niederösterreichischen Nationalparkprojekt, nämlich Thayatal, einige Veranstaltungen in Richtung Information, Akzeptanz, Sicherung gemeinsam bestritten haben.

Was wir als Planer in unserer Stellungnahme auch vorschlagen werden, ist, daß man generelle Aspekte dieser Nationalparkkonzepte in so ein Gesetz hineinnimmt. Die Frage der Zonendefinition, was geschieht wo und was geschieht nicht, vielleicht kann man dabei auch die IUCN-Debatte ein bißchen entschärfen. Wir haben zu beiden Nationalparkkonzepten, Thayatal und Donau-Auen, Stellungnahmen von mehreren Verantwortlichen der IUCN, die sagen, bei Umsetzung dieses Konzeptes ist die Anerkennung durch die IUCN sehr wahrscheinlich. Vielleicht ergibt sich im Wege der Begutachtung, daß man sagt, es ist keine Änderung der Konzepte notwendig, wenn man die Gesetze so gestaltet, daß die IUCN-Anerkennung möglich ist. Vielleicht ergibt es sich im Zuge der Begutachtungsverfahren, daß die Berücksichtigung der bestehenden Konzepte im Nationalparkgesetz dazu führt, daß die Anerkennung zumindest mit hoher Wahrscheinlichkeit gegeben ist.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Danke, Reinhold Christian, Herr Klubobmann Bauer.

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Es ist ein anderer Ansatz, den wir gewählt haben, nämlich das Rahmengesetz zu fungieren und darauf aufbauend eine Verordnung, in der im Verfahren und auch in der Zielsetzung klar gestellt wird, in welcher Fläche, in welchem Umfang der Nationalpark realisiert werden soll. Das heißt aber nicht, daß im Rahmengesetz eine tatsächliche Verankerung gegeben ist. In Wien ist es so, daß ein zweiter Fall nicht eintreten kann, in Niederösterreich könnten vielleicht mehrere Gegebenheiten möglich sein. Ich sage noch einmal, Herr Professor Lötsch, die Frage der Akzeptanz ist nicht eine, die man aus einer Region wegdiskutieren kann, sondern die muß man mit unendlicher Mühe, mit unendlich viel Geduld und Diskussionen erreichen. Wir haben dort viel erreicht, es ist heute schon ganz anders zu sehen, als das noch vor einiger Zeit war. Ich bin der Auffassung, daß wir durch eine Verstärkung des politischen Engagements die Akzeptanz erreichen, es kann nicht auf ein Enteignungsverfahren hinauslaufen. Das heißt für mich, mit unendlicher politischer Geduld, aber auch mit Klarstellung der Zielrichtung, das zu erreichen, was wir für 1996 vorhaben. Ich habe versucht, durch dieses Rahmengesetz gemeinsam mit der Fraktion der ÖVP etwas in Bewegung zu bringen. Und das ist offensichtlich doch gelungen. Das bedeutet, daß wir sehr deutlich gesagt haben, wir stellen das außer Streit im politischen Sinne. Es war seit 1945 die erste Pressekonferenz, die gemeinsam zwischen ÖVP und SPÖ abgehalten wurde. Das ist gar nicht so leicht, daß man so ein Thema außer Streit stellt in der Politik, weil man könnte das eine oder andere vielleicht auch für politische Spielchen mißbrauchen, wir wollen das nicht, wir wollen die rasche Realisierung.

Reinhard DAYER, Generalsekretär, Naturfreunde Österreich:

Als NGO-Vertreter und als Niederösterreicher sehe ich das niederösterreichische Problem gar nicht so dramatisch. In Niederösterreich gibt es mit Sicherheit den politischen Willen, es gibt aber mit Sicherheit noch nicht die durchschlagende politische Akzeptanz, das kommt auch sehr deutlich in diesem doch sehr vagen Rahmengesetz zum Ausdruck. Es gibt in Niederösterreich die NGOs, es gibt die Bürgerinitiativen, es gibt viele

wohlmeinende Nationalparkbefürworter, selbstverständlich auch alle Experten. Ich wünsche mir nur, daß wir alle aus dem Applaus, mit dem wir den Herrn Doktor Lötsch vorhin bedacht haben, daß wir aus diesem Applaus die Kraft schöpfen, der Bevölkerung draußen und den Gemeinden positive Handlungsanleitungen zu geben, ihnen sagen, wie es gehen könnte, mit ihnen das entwickeln. Denn ich habe das Gefühl, das niederösterreichische Rahmengesetz ist deshalb ein bißchen schwach ausgefallen, weil die Politiker auf der Landesebene vielleicht ein bißchen Angst vor der eigenen Courage bekommen haben, weil eben die Akzeptanz in den Gemeindestuben und bei einem Teil der Bevölkerung in der Region noch nicht vorhanden ist.

Zum zweiten, ich habe überhaupt keine Sorge, daß es in Niederösterreich vor dem Hintergrund der Ankündigung des Bundeskanzlers, daß er einen international anerkannten Nationalpark in den Donau-Auen will, diesen nicht geben wird. Nur hätte ich jetzt die Frage an Sie und an den Herrn Professor Ogris, was passiert mit der internationalen Anerkennung, wenn die Versuche, die ökologischen Versuche der Sohlestabilisierung nicht funktionieren oder diese vor dem Hintergrund der Budgetsituation auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene vielleicht nicht finanzierbar ist. Ich glaube, um diese Frage haben wir uns heute alle miteinander sehr elegant herumgedrückt. Diese Frage hätte ich gerne ehrlich und offen noch andiskutiert.

N. N.:

Es ist schon mehrere Male über die Akzeptanz in Niederösterreich, die nicht so groß sein soll, gesprochen worden. Wir sind eine Lehrerinnen-Gruppe und wir haben im vergangenen Schuljahr zum Thema Nationalpark mit Wiener Schulklassen gearbeitet. Wir würden gerne auch mit niederösterreichischen Schulklassen zusammenarbeiten, aber vor ein paar Tagen ist die Absage von der Niederösterreichischen Landesregierung gekommen. Herr Doktor Bauer, ich würde Ihnen anbieten, auch in Niederösterreich mit Schulklassen zu arbeiten.

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Also, beschlußmäßig gibt es da nichts.

N. N.:

Kein Statement, ich muß es als Frage formulieren, Sie denken sicherlich, Herr

Klubobmann Bauer, bei der Verteidigung dieses Ihres vorliegenden Entwurfes nicht daran, daß sich daraus allenfalls eine Art Sterbehilfe für den Nationalparkgedanken entwickeln könnte, wenn keine entsprechende, ausreichende und genaue gesetzliche Formulierung der Verordnungsmöglichkeiten gegeben ist. Die Gefahren werden wir ja im einzelnen dann darzustellen haben. Es sollte kein schlechter Scherz sein, aber es drängt sich einem auf.

N. N.:

Konkrete Frage an Herrn Klubobmann Bauer, welche Gründe könnte es dafür geben, einen Nationalpark Nationalpark zu nennen, der eigentlich keiner ist, der nicht den internationalen Kriterien entspricht? Aus meiner Erfahrung, auch vor Ort an vielen Fischerstammtischen, an vielen Jägerstammtischen ist es so, daß viele Leute Angst haben vor dem Tourismus. Da gibt es das Gegenargument, im Nationalpark werde der gelenkt, die einzige Chance ist der Nationalpark, weil, wie Christian Baumgartner gesagt hat, die Leute werden kommen. Wenn ich etwas Nationalpark nenne, was keiner ist, locke ich die Leute an, habe aber nicht gleichzeitig den Schutz des Gebietes. Also ist das zu verneinen. Noch einmal konkret die Frage, was gibt es für Überlegungen oder welche Gründe könnte die Landesregierung haben, ein Gebiet Nationalpark zu nennen, ohne daß es wirklich einer ist?

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Prof. Ogris wurde vorhin angesprochen.

Univ. Prof. Dr. Harald OGRIS, Technische Universität Wien:

Die Frage hat gelautet, was ist, wenn diese Schifffahrtsversuche danebengehen. Zunächst einmal die Antwort: gar nichts passiert. Warum? Es gibt ein Projekt der Donaukraft, die die Sohle, die Donausohle stabilisieren will, dadurch daß sie Geschiebe zugibt in der Größe, wie es jetzt in der Donau vorhanden ist. Das steht in einem eigenen Bericht drinnen und ist möglich über die Konzessionszeit, das sind 90 bis 100 Jahre. Solange passiert unter keinen Umständen irgend etwas, das sichert die Sohle bis unterhalb Wiens hinunter. Die Frage war aber immer ein andere gewesen. Vom Naturschutz aus ist das die beste Lösung, wir müssen überhaupt nichts weiter machen, es sei denn, man will den Niederwasserspiegel für die Schifffahrt heben, das kann man

aber durch die üblichen Bauwerke, ohne daß man an der Sohle selbst etwas macht. Das Problem ist ein anderes. Diese Frage ist seit Beginn aufgeworfen worden, um damit ein Kraftwerk zu erzwingen. Man muß die Sohle stabilisieren, das ist unbestritten. Da gibt es drei Methoden: entweder die Methode einer Staukette, wie es die Energiewirtschaft gerne möchte, zweitens die Methode, wie sie am Rhein möglich ist und die jetzt den Donaukraftwerken vorgeschrieben worden ist, durch Zugabe von Geschiebmaterial, das dem in der Donau entspricht, das muß man aber auf ewige Zeiten machen, solange dort keine Kraftwerke sind. Die Frage ist natürlich, ist das wirtschaftlich, ist das sinnvoll, hat man überhaupt soviel Material? Die dritte Methode, die eigentlich ja wieder auf die Stadt Wien zurückgeht, nämlich in der Neuen Donau ist ja so etwas eingebaut, diese sogenannte Sohle stabilisierung mit grobkantigen, größeren Körnern, wie der Kollege Lötsch es so schön erläutert hat. Das schließt dann aus, daß man jedes Jahr 300.000 Kubikmeter hineinschmeißen muß, sondern man kann das einmal machen und damit ist es erledigt. Es ist aber die Frage, wenn die Körner zu groß sind, was passiert. Dazu laufen diese Versuche jetzt im Maßstab 1:1 und da hat es eben auch einen massiven Einsatz gegeben, wo die Schiffsschrauben beschädigt werden. Daß das passieren wird, wußten wir im vorhinein, denn da gibt es Versuche, die gezeigt haben, daß so etwas passieren wird. Ich habe immer darauf gedrängt, daß wir dieses ganze Feld an Möglichkeiten abstecken. Ich selber habe schon vor Jahren ein kleineres Geschiebe vorgeschlagen, ich bin in den letzten Jahren bemüht, ein noch kleineres vorzuschreiben. Mein Vorschlag, der sogenannte Ogris-Vorschlag, liegt bei neun Zentimeter. Ich weiß seit Jahren, daß wahrscheinlich das beste etwa um die sechs Zentimeter liegt, das gibt eine ausreichende Stabilität, da wird dann nur bei sehr großen Hochwässern etwas bewegt, das ist ein Mittelding zwischen dem, was die Donaukraft jetzt macht, nämlich drei Zentimeter zugeben, und dem, was man macht, um es absolut zu stabilisieren. Wenn man etwas in der Mitte macht, dann hat das große Vorteile, nämlich ökologisch, es bewegt sich hin und wieder, was ja wünschenswert ist, ein bißchen etwas. Bei sechs Zentimetern müßte man etwa 5.000 Kubikmeter im Jahr hineingeben, das können Sie vernachlässigen.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß es außer einer politisch, und damit meine ich nicht parteipolitisch, sondern betriebspolitisch artikulierten Meinung der Donaukraft eine gibt, die sagt, es geht nicht. In Wahrheit wird es gehen, wenn man es will.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Zur Schlußrunde hier auf dem Podium, ich darf Christian Baumgartner um sein Schlußstatement aus seiner Sicht, aus der Sicht der NGOs ersuchen. Nächstes Jahr wird es ja das Jahr der Nationalparke in Österreich geben, das hat heute ja Umweltminister Bartenstein bekanntgegeben.

DI Christian BAUMGARTNER, Naturfreundejugend Österreich:

Ich möchte abschließend eine Forderung und einen Wunsch nachhaltig deponieren. Die Forderung ist eine ernsthafte, gleichberechtigte Einbindung der NGOs sowohl in die Nationalparkgesetzgebung, wie auch dann in die Nationalparkgremien. Der Wunsch ist, daß wir es schaffen, gemeinsam mit den Menschen der gesamten Donau-March-Region Leitbilder zu erarbeiten und mehr als bisher auf die positiven Effekte und zwar ganz konkret auch auf die wirtschaftlich positiven Effekte, die diese Menschen durch einen Nationalpark zu erwarten haben, hinzuweisen. Dann denke ich, und das zeigen andere Nationalparks zu Genüge, kommt mit der Zeit die Akzeptanz für den Nationalpark von selbst.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Danke, Christian Baumgartner. Reinhold Christian, wenn eines fix ist, so ist es zumindest das, daß es mit der Planung mit Ende dieses Jahres zu Ende ist.

Dr. Reinhold CHRISTIAN, Nationalparkplanung Donau-Auen:

Das ist auch etwas, das sozusagen niemand wegdiskutieren kann, es gibt ein Konzept, das ist getestet, das hat viele Diskussionen überstanden, das liegt eineinhalb Jahre auf dem Tisch und ist also in keinem Punkt fachlich widerlegt oder aufgehoben worden. Die Ausführungen von Professor Ogris haben es gezeigt, und es waren auch meine Erfahrungen in den letzten fünf Jahren, die Frage der Sohlstabilisierung oder der Sohleintiefung ist überdramatisiert worden. Der ist eine Bedeutung zugemessen worden, die ihr, zumindest aus Nationalparksicht, nicht zuzukommen scheint. Ogris hat eine Bandbreite von Möglichkeiten aufgezeigt, wie man dieser Eintiefung entgegenwirken kann. Ich bitte Sie, überdies zu überlegen, wer der Verursacher dieses Phänomens ist. Löttsch hat das einleitend dargestellt, daß das durch den Geschieberückhalt ja maßgeblich bedingt ist und wer der Hauptnutznießler des Flußbaukonzeptes

ist, nämlich des teuren Teils davon. Da geht es um die Schaffung der Schifffahrtsbedingungen und um deren Verbesserungen.

Letzter Punkt: Wir haben eine Kosten-Nutzen-Analyse an der Technischen Universität anfertigen lassen, die sehr klar gezeigt hat, daß Nationalpark plus Flußbaukonzept volkswirtschaftlich eine sehr, sehr günstige Lösung ist. Pro ausgegebenem Schilling ist ein Rückfluß von 2,10 Schilling zu erwarten, bei Kraftwerksbauten 1,50, also volkswirtschaftlich nicht so günstig.

Ich glaube, daß es noch sehr viel Einsatz von uns allen und von vielen anderen außerhalb dieses Raumes brauchen wird, um einen Nationalpark Donau-Auen, der wirksamen Schutz gewährleistet und zugleich die Anrainerinteressen berücksichtigt, um einen solchen Nationalpark schaffen zu können. Ich möchte versichern, daß ich, je nach dem welche Position ich einnehme und wo ich tätig bin, mit meinen Qualifikationen, mit meinem Engagement auf jeden Fall den Möglichkeiten entsprechend für einen nachhaltigen Schutz der Donau-Auen mich immer einsetzen werde.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Herr Klubobmann, es ist unbestritten, Niederösterreich hat durch das Nationalparkrahmengesetz, wie immer es in nächster Zeit auch aussehen wird, die Schlußrunde in dem 10- bis 15jährigen Kampf um die Donau-Auen mit eingeläutet. Es gibt noch einige kleine Fragen mit Wien, auf die ich Sie ersuchen möchte, in Ihrem Schlußstatement einzugehen.

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Darauf bin ich schon eingegangen, daß wir versuchen werden natürlich weitgehend übereinstimmende Formulierungen zu haben. Ich habe immer klargestellt, es gibt ein niederösterreichisches Nationalparkgesetz und es gibt einen Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen. Das ist etwas, was wir wollen.

Zu Ihrer konkreten Frage: Ich gehe davon aus, daß eine internationale Anerkennung für den einen oder anderen angestrebten Nationalpark nicht möglich ist. Ich möchte meinen, wenn es sich aber um so wertvolle Gebiete handelt, die trotzdem diese Sonderschutzzonen haben sollen, wenn auch nicht diese internationale, dann soll das diese Region auch bekommen, das ist unser Hintergrund. Es soll der, der das betreibt, sich sozusagen selbst positionieren und definieren. Ich gehe davon aus, daß der konkret Angesprochene natür-

lich diese Kriterien erfüllen kann und erfüllen wird. Persönlich glaube ich auch, daß das Jahr 1996 doch ein gutes Jahr wäre, daß man eine lang geführte Diskussion wirklich durch einen Abschluß dieses Gesetzes, aber auch durch die Verwirklichung dieses Nationalparks abschließt. Ich behaupte, es ist wirklich dieser Reifeprozess relativ abgeschlossen. Nur möchte ich hinzufügen, es ist nicht leicht oder es ist leicht - anders ausgedrückt - über Regionen und Gebiete zu reden, wo man nicht unmittelbar zuständig ist und der Handlungsbedarf bei den anderen liegt. Wir haben das übernommen, diesen Handlungsbedarf nicht nur zu erkennen, sondern diese Handlung auch zu setzen.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Danke, Klubobmann Bauer, durchaus auch für die Klarstellungen. Bernd Löttsch, wie fühlst Du Dich so nach einigen Jahren, wo es so ausschauen könnte, als ob sich der Kampf doch bezahlt gemacht hat?

Univ. Prof. Dr. Bernd LÖTSCH, Generaldirektor, Naturhistorisches Museum:

Ich möchte etwas Positives sagen, Herr Klubobmann. Sie haben mich durch einige Statements dahingehend überzeugt, daß in Niederösterreich derzeit generell ein politisches Klima herrscht, wo man möglicherweise mit einem lupenreinen IUCN-konformen Nationalparkgesetz zunächst einmal abstürzen würde. Vielleicht ist es ein Schachzug, durch dieses Rahmengesetz eine Abstimmung im Niederösterreichischen Landtag gegen einen Nationalpark zu unterlaufen und eine Diskussionsgrundlage zu schaffen. Aber umso wichtiger ist es, daß es zornige Geister gibt, die dann eben die reine Lehre einklagen. Warum brauchen wir eine internationale Anerkennung? Ich darf Ihnen sagen, Herr Klubobmann, wir haben gelitten in ganz Österreich, in den Diskussionen mit den Kraftwerkslobbys, weil immer irgendwer gekommen ist, der gesagt hat, in Neuseeland gibt es einen Nationalpark, der hat ein Kraftwerk und dort gibt es einen Nationalpark, der hat ein Kraftwerk. Wenn man der Sache nachgegangen ist, hat es oft nicht gestimmt, waren die ökologischen Auswirkungen auch nicht vergleichbar mit einem Donaukraftwerk. Aber es ist nichts tödlicher für den Naturschutz als irgendwo ein schlechtes Beispiel. Glauben Sie mir, die Afrikaner, die jedes Jahr in afrikanischen Nationalparks ihr Leben aufs Spiel setzen, um jagdliche Übergriffe auf diese Systeme zu verhindern, weil sonst das Ende des Naturschutzes dort wäre, die haben kein Verständnis dafür, wenn wir Österreicher, eine reiche Nation, sagen, wir können

auf die Jagd nicht verzichten. Die Bevölkerung hat kein Verständnis dafür, wenn sie keinen Hirsch und kein Reh sieht, weil die Viecher durch den Jagddruck so scheu werden. Der Nationalparkeffekt entsteht durch die Nichtbejagung, daß sich die scheuesten Tiere in den Nationalparkgebieten den Besuchern zeigen, sie werden weder hingefüttert noch dressiert, sondern das ist der Friedenspakt mit der Natur.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

An sich wollte ich fragen, wie es Dir geht. Wie fühlst Du Dich?

Univ. Prof. Dr. Bernd LÖTSCH, Generaldirektor, Naturhistorisches Museum: Ich bin voller Hoffnung, sonst hätte ich nicht ein Nationalparkhaus gebaut. Das Naturhistorische Museum wird sich, so wie das Haus der Natur im Alpenraum, in dieser umfassenden naturkundlichen Weise für den Nationalpark Donau-Auen einsetzen. Alle Handlungen, die wir gesetzt haben, gehen in diese Richtung. Ich glaube an den Nationalpark und der Herr Klubobmann hat mich nicht entmutigt.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Herr Bürgermeister!

Dr. Michael HÄUPL, Bürgermeister, Wien:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was das Gesetz betrifft, wir werden versuchen, die größtmögliche Übereinstimmung mit den Niederösterreichern zu finden. Geht das in die Richtung hin, daß man in Wien darauf verzichten müßte, die internationale Anerkennung in das Gesetz hineinzuschreiben, dann wird es eben in diesem Punkt keine Übereinstimmung geben, denn wir haben uns entschlossen, das entsprechend festzuhalten. Wir versuchen so gut als möglich zusammenzuarbeiten, aber man muß auch sehen, wenn es wo unterschiedliche Dinge gibt. Das scheint mir auch nicht wirklich ein Problem zu sein.

Darüberhinaus ist aus meiner Sicht zu den vielen Sachdiskussionen, seien es technische von Professor Ogris, seien es die, wie soll ich sagen, die ethischen von Herrn Professor Lötsch, aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen. Wenn man mit dem Haus so verbunden ist, wie ich, dann hat man den Geist, auch wenn man jetzt schon zwölf Jahre weg ist, natürlich mit.

Daher habe ich nur eine einzige persönliche Bitte am Ende dieser heutigen Diskussionsveranstaltung. Ich bitte Sie, daß man die Auseinandersetzung um dieses sanfte Thema Nationalpark auch in der Diskussionsmethodik erkennt und wiedererkennt, es darf sich einfach die Form nicht vom Inhalt abentieren. Deswegen kann ich nur noch einmal bitten um die größtmögliche Toleranz in den Diskussionen für diejenigen, die meinen, ein Nationalpark ist nichts Gutes. Er ist nicht a priori ein Feind, sondern ein Freund, der erst überzeugt werden muß. Und deswegen meine ich, wenn man etwas dafür tun will, dann machen solche Diskussionen sicher auch Sinn. Aber in allererster Linie wird es darum gehen, daß man zu den Freunden, die das noch anders sehen, hinausgeht und mit ihnen die Diskussionen führt. Viele von Ihnen, die aus Niederösterreich hier sind, tun das ja täglich, weil die Diskussionen, ich kenne das, sich natürlich in den Wirtshäusern, in den Familien, am Sportplatz oder wo immer sonst abspielen. Ich bitte Sie jedenfalls, von Nationalparkbefürworter zu Nationalparkbefürworter, diskutieren Sie es auch so, daß sie die Chance haben, den anderen zu überzeugen und ihn nicht zu vertreiben. Danke schön.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Danke schön, Herr Bürgermeister. Herr Klubobmann, meine Herren hier auf dem Podium, ich glaube, es hat eines hier ganz klar gebracht. Wien wird das Nationalparkgesetz im Landtag spätestens im Juni 1996 beschließen. Es wird eine eigene Nationalparkvorbereitungsgesellschaft ab 1996 geben und man versucht eine gemeinsame Vorgangsweise von Wien und Niederösterreich. Seitens Niederösterreichs nimmt man das Begutachtungsverfahren insofern ernst, daß man auch die NGOs einbindet und daß man hier auch eine gewisse Flexibilität in den Verhandlungen in Zukunft zeigen wird.

Ich glaube, daß das Fakten sind unseres heutigen Round-Table-Gespräches, die sich durchaus sehen lassen können und ich danke nochmals den Herrn am Podium hier und auch dem Herrn Bürgermeister für die klare Aussage, Wien wird auf alle Fälle den Nationalpark schaffen.

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Jetzt muß ich schon unterbrechen, die Niederöreicher haben das auch gesagt und die bringen die größere Fläche, damit das klar ist.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Heißt das im Klartext, in Niederösterreich wird es die Verordnung auch 1996 geben?

LA Dr. Johann BAUER, Klubobmann NÖ Landtag:

Davon gehen wir aus.

Dr. Gerhard HEILINGBRUNNER:

Das heißt, die letzte Runde der Auseinandersetzungen im Kampf um die Donau-Auen ist hiermit eingeleitet worden. Das heißt weiters, wir haben noch einiges zu tun.

Ich danke den Herrn am Podium und Ihnen auch für den heutigen Tag, daß Sie gekommen sind.

**Dokumentation der ÖGNU-Umwelttagung
am 8. September 1995 im
Naturhistorischen Museum in Wien**



Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie